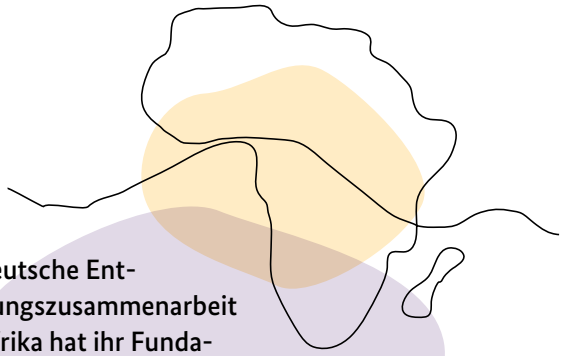
3 Blick in die Partnerregionen der deutschen Entwicklungspolitik



Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika hat ihr Fundament in jahrzehntelangen Kooperationen.

3.1 Afrika

Afrika ist ein geografisch, kulturell, politisch, wirtschaftlich und historisch extrem vielfältiger Kontinent. Gemeinsam ist allen afrikanischen Ländern eine enorme Dynamik. Seine Bevölkerung ist die jüngste und am schnellsten wachsende weltweit. Entsprechend groß sind die Potenziale an Innovations- und Arbeitskraft. Afrika besitzt enorme, strategisch wichtige Ressourcen für erneuerbare Energien und Landwirtschaft, urbane Wirtschaftszentren, bedeutende Kohlenstoff-Speicher sowie eine einzigartige biologische Vielfalt.

Durch das wachsende Gewicht in multilateralen Foren (54 von 193 stimmberechtigen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, Aufnahme der Afrikanischen Union in die G20, Beitritt Ägyptens und Äthiopien zu BRICS+) haben afrikanische Staaten zuletzt auch stark an geopolitischem Einfluss gewonnen. Zugleich sind enorme Herausforderungen zu bewältigen: Armutsbekämpfung, steigende Schuldenlasten, autoritäre Entwicklungen, eine Zunahme von Fragilität und nicht zuletzt die Folgen der Klima-, Biodiversitäts-, und Verschmutzungskrise, die eng miteinander verknüpft sind.

Eine kohärente Afrikapolitik

Die Bundesregierung verfolgt einen ressortkohärenten Ansatz in der Afrikapolitik. Die Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung bilden dafür die politische Richtschnur und den strategischen Rahmen. Sie erfüllen eine „Dachfunktion“ mit politischen Anknüpfungspunkten für afrikapolitische Ressort- oder thematische Strategien. Die Leitlinien betten sich ein in die übergeordneten Strategien und Leitlinien der Bundesregierung, insbesondere die Nationale Sicherheitsstrategie und die Klimaaußenpolitikstrategie, die Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“, aber auch die China-Strategie. Die Koordination der Afrikapolitik erfolgt im Ressortkreis Afrika, der in gemeinsamer Federführung vom Auswärtigen Amt und BMZ viermal jährlich ausgerichtet wird.

Das BMZ hat bereits im Januar 2023 seine Afrika-Politik mit der Strategie „Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten“ neu ausgerichtet. Die Strategie definiert Respekt und Gegenseitigkeit als Fundamente einer Zusammenarbeit zwischen souveränen Partnern, im gegenseitigen Interesse und in Zeiten (geo-)politischer Umbrüche. Sie formuliert drei übergeordnete Ziele:

1. die von der Afrikanischen Union (AU) gesetzten Entwicklungsziele (Agenda 2063) strukturpolitisch flankieren,

2. gemeinsam an der globalen sozialen und ökologischen Transformation arbeiten und

3. in Krisen solidarisch zusammenarbeiten.

Im Geist gelebter Partnerschaft hat das BMZ diese Neuausrichtung transparent und breit diskutiert. Akteurinnen und Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, afrikanische und europäische Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertreter der Jugend haben zu diesem inklusiven Prozess beigetragen.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze gemeinsam mit Ahunna Eziakonwa, Regionaldirektorin für Afrika des UNDP, und Mavis Owusu-Gyamfi, Vizepräsidentin des African Center for Economic Transformation (ACET), bei der Vorstellung der neuen BMZ-Afrikastrategie, 25.01.2023

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika hat ihr Fundament in jahrzehntelangen Kooperationen mit aktuell 33 afrikanischen Ländern, staatlichen und nichtstaatlichen Akteurinnen und Akteuren sowie internationalen und multilateralen Institutionen wie beispielsweise der Afrikanischen Union (AU) und der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB). Vom dabei geschaffenen Vertrauenskapital profitiert die gesamte Bundesregierung.

Partnerschaftliche Zusammenarbeit

Die beschriebene Haltung von Respekt und Gegenseitigkeit bedeutet konkret:

1. Systematisches Anknüpfen an afrikanische Prioritäten, Institutionen und Initiativen, insbesondere der Agenda 2063 der AU; beispielhaft die Unterstützung der Afrikanischen Freihandelszone und des Afrikanischen Klima-Gipfels 2023 in Kenia.

2. Klare Formulierung deutscher Interessen und eine wertegeleitete Politik, die die Förderung demokratischer Prozesse, faire Handelsbeziehungen, den Schutz globaler Gemeinschaftsgüter wie Klima und Biodiversität, Stabilität und Sicherheit einschließt.

3. Vertiefung von Austausch und politischem Dialog mit afrikanischen Regierungen und weiteren relevanten Akteurinnen und Akteuren aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, einschließlich der jungen Generation.

4. Unterstützung einer stärkeren Beteiligung afrikanischer Staaten in multilateralen Foren, darunter die erfolgreiche Unterstützung der G20-Mitgliedschaft der Afrikanischen Union 2023.

5. Anerkennung und Überwindung kolonialer Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik mit dem Ziel, die globale Zusammenarbeit zu stärken und sich selbstkritisch mit jenen Strukturen, Praktiken und Vorstellungen auseinanderzusetzen, die auf kolonial geprägtes Denken und Handeln zurückzuführen sind, die Staaten, Gesellschaften oder Akteure diskriminieren und gleichberechtigten Beziehungen entgegenstehen.

Zusammenarbeit mit afrikanischen Institutionen

Die Bundesregierung hat ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den kontinentalen und regionalen afrikanischen Organisationen systematisch ausgebaut. Zentrale strategische Partnerin ist die Afrikanische Union. Auch mit

der Entwicklungsagentur der AU (AUDA-NEPAD), dem Sekretariat der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA), der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB), den vier größten regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (ECOWAS, EAC, SADC und IGAD) sowie mit Nordafrika über die Union für den Mittelmeerraum (UfM) hat die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit intensiviert.

Afrikanische Union

Die AU ist einer der wichtigsten afrikanischen Dialogpartner für die Bundesregierung und auch die politische „Stimme Afrikas" in der Welt. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit der AU fußt auf drei Schwerpunkten:

1. Realisierung der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA): Als ein Ergebnis dieser Zusammenarbeit konnten acht Protokolle der Freihandelszone verabschiedet werden. Diese erleichtern den grenzüberschreitenden, kontinentalen Güter- und Dienstleistungshandel sowie den digitalen Handel und Handelsinvestitionen. Bereits heute kann der Privatsektor aus Kenia, Tunesien, Ruanda und Ghana im Rahmen der *Guided Trade Initiative* – einem Pilotprojekt der AfCFTA – innerafrikanische Handelsgeschäfte zu fast 100 Gütern unter Freihandelsbedingungen betreiben. So soll das operative und institutionelle Umfeld unter der AfCFTA geprüft und schrittweise aufgebaut werden.

2. Frieden und Sicherheit: Mit der *African Peace & Security Architecture* (APSA) steht der AU ein umfassendes System zur Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedensförderung zur Verfügung. Die Bundesregierung unterstützt den Einsatz kontinentaler Mechanismen, um Krisen frühzeitig zu erkennen und zu verhindern, gewaltsame Konflikte zu lösen und Sicherheit zu fördern. Dies soll auch der Ausbreitung von Terrorismus entgegenwirken und Menschen davor schützen, aus ihrer Heimat fliehen zu müssen. Mit deutscher Unterstützung wurden so unter anderem ein Pool von zivilen Expertinnen und Experten für AU-Friedensmissionen sowie im Sinne einer feministischen Entwicklungs- und Außenpolitik ein Netzwerk weiblicher Mediatorinnen eingerichtet. Sie werden in Konfliktsituationen durch präventive Diplomatie und Vermittlung tätig.

3. Stärkung der afrikanischen Gesundheitsarchitektur: Die Covid-19-Pandemie hat der Welt die Bedeutung von Pandemieprävention und robusten Gesundheitssystemen verdeutlicht. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt die AU deswegen beim Auf- und Ausbau kontinentaler Gesundheitsinstitutionen wie der Afrikanischen Zentren für Seuchenkontrolle und -prävention (Africa CDC), der Afrikanischen Arzneimittelbehörde (AMA) und der afrikanischen Impfstoffproduktion. Durch diese Institutionen wird die AU in die Lage versetzt, Gesundheitsbedrohungen auf dem Kontinent frühzeitig zu erkennen, zu bekämpfen und ihnen effektiv vorzubeugen.

Afrikanische Regionalorganisationen

Die AU hat insgesamt acht regionale Wirtschaftsgemeinschaften in Afrika anerkannt. Sie gelten als „Bausteine der AU" und übernehmen wichtige Aufgaben bei der Realisierung der Agenda 2063. Das BMZ kooperiert eng mit vier dieser Regionalorganisationen: mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft (EAC), der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC), der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD) und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS).

Die Unterstützung der Regionalorganisationen bietet den Mehrwert, Lösungen zu grenzüberschreitenden Herausforderungen zu finden wie beispielsweise der regionalen wirtschaftlichen Integration, dem Klimawandel, der Pandemieprävention und insbesondere bei den Themen Frieden und Sicherheit. Im südlichen Afrika beispielsweise werden durch den jüngsten Zusammenschluss der Freihandelszonen der Organisationen EAC, SADC und COMESA (*Common Market for Eastern and Southern Africa*) im Juli 2024 regionale Märkte und damit Einkommenschancen geschaffen, Zugang zu Wasser als menschliche und wirtschaftliche Existenzgrundlage durch grenzüberschreitendes Wassermanagement sichergestellt sowie durch das grenzüberschreitende Management von Naturschutzgebieten die enorme Artenvielfalt erhalten.

Europäische Kooperation

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika folgt dem Grundsatz, dass eine europäisch abgestimmte Entwicklungspolitik wirksamer und sichtbarer ist als 27 nationale Alleingänge. Das BMZ hat daher seine Zusammenarbeit mit und zu Afrika im Team Europe in den letzten Jahren kontinuierlich weiter ausgebaut. In Ghana, Sambia, Togo und Madagaskar findet eine gemeinsame Programmplanung (*Joint Programming*) mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten statt und ersetzt die bisherigen bilateralen Länderstrategien. Das BMZ beteiligt sich in Afrika an 54 nationalen und 17 regionalen Team-Europe-Initiativen. Dazu kommen direkte Beiträge der Bundesregierung, einschließlich der Export- und Investitionsgarantien, zu zahlreichen Flaggschiffvorhaben von Global Gateway, der strategischen Initiative der EU zum Aufbau neuer Partnerschaften über die Finanzierung und Umsetzung nachhaltiger Infrastrukturprojekten in Schwellen- und Entwicklungsländern. Ein Schwerpunkt der afrikanisch-europäischen Zusammenarbeit ist der Energiesektor. Strategischer Anker für die Bundesregierung ist die *Africa-EU Green Energy Initiative* (AEGEI), die 2022 als Ergebnis des AU-EU-Gipfels gestartet wurde. Flankiert wird sie vom Sekretariat der *Africa-EU Energy Partnership* (AEEP). Das BMZ fördert Innovationen wie Pilotanlagen für grünen Wasserstoff, etwa in Marokko. Für die Partnerländer verbessert dies die lokale Energieversorgung und schafft Exportpotenzial zur Steigerung von Eigeneinnahmen und nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung. Für Deutschland und die EU reduziert es perspektivisch strukturelle Abhängigkeiten von fossilen Energieimporten. Investitionen in Energienetze, die Afrika und Europa verbinden, schaffen einen gemeinsamen Nutzen für beide Kontinente. Das Unterseekabel ELMED zwischen Tunesien und Italien ist ein strategisch bedeutendes Beispiel, an dem die Bundesregierung mit einem Darlehen von 35 Millionen Euro beteiligt ist.

In Afrika investiert das BMZ im Team Europe zudem in die Sicherung der Wasserversorgung und Verbesserungen im Gesundheitssektor, insbesondere beim Aufbau einer afrikanischen Impfstoff-Produktion. Dies stärkt die Stabilität der Region und zugleich die weltweite Pandemievorsorge. Gemeinsam im Team Europe getätigte Investitionen in Berufsausbildung, Standards und Regulierung verbessern das Investitionsumfeld für die Privatwirtschaft und tragen so ebenfalls zu Wirtschaftswachstum und Infrastrukturausbau bei.

Regionale Schlaglichter

Engagiert bleiben im Sahel

Im Mai 2023 hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der Bundesregierung das Mandat für die Beteiligung der Bundeswehr am bislang größten Friedenseinsatz der Vereinten Nationen, in Mali, genannt MINUSMA, letztmalig um ein Jahr verlängert. Im Juni 2023 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Wunsch der neuen malischen Militärregierung die Beendigung der Gesamtmission bis Dezember 2023. Die Region bleibt auch nach dem Abzug der Mission für Deutschland von strategischem Interesse: Der Sahel ist eine der ärmsten Regionen der Welt, und die Menschen dort sind auf internationale Unterstützung angewiesen. Grenzüberschreitender Terrorismus, fragile Staatlichkeit sowie Flucht und Vertreibung in und aus der Region haben mittelbar auch Einfluss auf unser Leben in Europa. Auch nach den Militärputschen in Mali (2020 und 2021), in Burkina Faso (2022) und in Niger (2023) haben die neuen Machthaber die sich verschlechternde Sicherheitslage nicht in den Griff bekommen. Russland und andere Akteure konnten ihren Einfluss in der Region in den letzten Jahren immer stärker ausbauen. Frankreich, historisch im Sahel stark präsent und sicherheitspolitisch aktiv, wurde weitgehend aus der Region verdrängt. Andere westliche Partner reduzierten ihre Zusammenarbeit. Die Bundesregierung bleibt im Sahel engagiert, konzentriert sich jedoch zunehmend auf die direkte Unterstützung der Bevölkerung und der Zivilgesellschaft.

Vor diesem Hintergrund hat Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze im Juli 2023 für die Bundesregierung die Präsidentschaft der Sahel-Allianz, des internationalen Unterstützer-Bündnisses für den Sahel, übernommen.

Unter der deutschen Präsidentschaft haben die Mitglieder der Sahel-Allianz immer wieder bekräftigt, dass sie sich trotz der schwierigen politischen Rahmenbedingungen weiterhin in der Region engagieren wollen. Die Förderung von Bildung sowie die Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen derzeit im Mittelpunkt der gemeinsamen Entwicklungsbemühungen. Ein Beispiel für diese Arbeit ist ein regionales Programm zur Schaffung von Bildungsmöglichkeiten für rund zwei Millionen junge Menschen im Sahel, welches die Weltbank und Deutschland auf der Generalversammlung der Sahel-Allianz im Juli 2024 ins Leben gerufen haben.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze und Verteidigungsminister Boris Pistorius im Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der malischen Zivilgesellschaft.

Bei ihren Reisen nach Mauretanien und zur ECOWAS, aber auch im kritischen Dialog mit den Übergangsregierungen in Burkina Faso und Mali betonte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze die Grundwerte der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit wie Demokratie und die Einhaltung von Menschenrechten. Gleichzeitig versicherte sie den Menschen im Sahel, dass die deutsche Entwicklungspolitik sie auch in herausfordernden Zeiten weiter unterstützen wird. Die Bearbeitung der Ursachen von Konflikten, wie etwa mangelnde Perspektiven für die wachsende junge Bevölkerung in der Region, steht dabei im Zentrum. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit in der Region wird laufend und länderspezifisch an den politischen Kontext angepasst. Zudem sucht die Bundesregierung den engen Schulterschluss mit internationalen Partnern. Beispiele dafür sind gemeinsame Reisen von Kabinettsmitgliedern in die Region oder Reisen zusammen mit Vertretern der Weltbank.

Entscheidend ist auch, die Auswirkungen der regionalen Krisenherde abzufedern. Ein Schwerpunkt liegt deshalb auch auf der Unterstützung benachbarter Partnerländer. So hat Mauretanien mittlerweile über 150.000 Flüchtlinge insbesondere aus dem benachbarten Mali aufgenommen. Das BMZ unterstützt verstärkt bei der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt sowie in das Sozial- und Bildungssystem. Darüber hinaus sind Schwerpunkte der Zusammenarbeit mit Mauretanien die Schaffung neuer Jobs sowie der Ausbau erneuerbarer Energien.

Das BMZ hat seine Zusammenarbeit nach den Militärputschen umgesteuert, um möglichst regierungsfern zu arbeiten: Vorhaben werden durch Regionen, kommunale Verwaltungen und technische Dienste oder direkt mit der Bevölkerung umgesetzt. Zudem wurde die Höhe der Neuzusagen erheblich reduziert. Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und internationalen Hilfsorganisationen wurde weiter ausgebaut, insbesondere über das Kriseninstrument der strukturbildenden Übergangshilfe.

Sahel-Allianz

Deutschland, Frankreich und die Europäische Union haben im Juli 2017 die Sahel-Allianz ins Leben gerufen, um die fünf Sahel-Staaten Burkina Faso, Mali, Mauretanien Niger und Tschad, durch Entwicklungszusammenarbeit besser zu unterstützen. Weitere Staaten und Organisationen haben sich angeschlossen. Die Sahel-Allianz hat heute 18 Mitglieder und 9 Beobachter. Das Portfolio aller Mitglieder der Sahel-Allianz umfasst mehr als 1.000 Projekte in Kernbereichen wie Wasser, Energie, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit sowie Bildung und Beschäftigungsförderung, die sich bis 2023 auf ein Mittelvolumen von rund 23 Milliarden Euro summierten.

Durch den Bau von Entwässerungsanlagen, verbesserte Wassermanagementsysteme und die Erweiterung des Trinkwassernetzwerks konnten die Sahel-Allianz und ihre Partner den Zugang zu Trinkwasser für acht Millionen Menschen verbessern. Duale Berufsausbildung und Weiterbildung versetzten mehr als 1,5 Millionen Menschen in die Lage, ihren Lebensunterhalt besser zu bestreiten und ihre Familien zu versorgen. Über 2,3 Millionen Menschen haben durch Projekte der Sahel-Allianz einen verbesserten Zugang zu Energie und können ihre Häuser beleuchten, Felder bewässern und Maschinen antreiben.

Für Stabilität in Westafrika

Die Küstenstaaten Westafrikas weisen eine starke wirtschaftliche Dynamik und eine ausgeprägte wirtschaftliche Reformorientierung auf. Die entwicklungspolitische Zusammenarbeit der Bundesregierung begleitet diese Reformen in Richtung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung und einer sozial gerechten ökologischen Transformation. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Ausbau erneuerbarer Energien, dem Schutz zunehmend knapper werdender natürlicher Ressourcen sowie auf Ausbildung, Beschäftigung und Qualifizierung von Frauen und Jugendlichen.

Im Senegal und in Ghana unterstützt die Bundesregierung die Regierungen und den Privatsektor dabei, die Voraussetzungen zu schaffen, dass künftig mehr Impfstoffe und andere Pharmaprodukte für den lokalen und regionalen Markt produziert werden können. Dafür wird bei den regulatorischen und institutionellen Kapazitäten angesetzt – durch die Befähigung der Behörden, selbst Impfstoffe und Pharmaprodukte zulassen zu können, durch den Aufbau und die Verbesserung von Ausbildungsangeboten sowie die Beratung von lokalen Impfstoff- und Pharmaproduzenten zur Ausweitung ihrer lokalen Produktion. Ein wichtiger Baustein ist auch der Aufbau der Impfstoffproduktion durch das Institut Pasteur de Dakar (Madiba), dessen Neubau einer international zertifizierten Produktionsstätte unter anderem über die deutsche Budgethilfe finanziert wird. In Ghana wurde mit deutscher Unterstützung das nationale Impfstoffinstitut gegründet, das seitens der Regierung den durch den ghanaischen Privatsektor verfolgten Aufbau lokaler Impfstoffproduktion begleitet.

Auch die Stärkung von Demokratie und guter Regierungsführung in Verbindung mit Dezentralisierung hat in der Zusammenarbeit mit Ghana, Benin und Togo an Bedeutung gewonnen. In Ghana hat die Bundesregierung ihre Zusammenarbeit zum Schutz der Menschenrechte verstärkt, u. a. aufgrund der sich verschlechternden Lage der LGBTIQ+-Community.

Mit Côte d'Ivoire hat die Bundesregierung eine Klima- und Entwicklungspartnerschaft abgeschlossen. Ziele sind unter anderem der Schutz der Wälder und die Wiederaufforstung, aber auch der Ausbau der Solarenergie und die Modernisierung der dafür notwendigen Netzinfrastruktur als Teil von *Global Gateway*. So wurde 2024 durch die Unterstützung Deutschlands und der EU das erste Solarkraftwerk des Landes mit 37 Megawatt Leistung ans Stromnetz angeschlossen.

Mit den Austrittserklärungen der drei Sahel-Staaten Mali, Burkina Faso und Niger steht die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) vor der größten Herausforderung seit ihrer Gründung. Regionale Ansätze sind dabei wichtiger denn je, um die politische und wirtschaftliche Integration Westafrikas voranzubringen. Die Bundesregierung unterstützt ECOWAS weiterhin als zentrale regionale Organisation mit wirtschaftlicher Integrationskraft und stärkt sie gezielt auch in ihrer Rolle als Friedens- und

Die Sahel-Plus-Initiative des BMZ

Angesichts zunehmender extremistischer Gewalt in den an die Sahel-Länder angrenzenden Regionen der Küstenstaaten Benin, Togo, Côte d'Ivoire und potentiell auch in Ghana, Guinea und Senegal wird es immer dringender, ein weiteres regionales Übergreifen (*spillover*) extremistischer Aktivitäten einzudämmen. Da die Gefahren des Terrorismus nicht an Grenzen Halt machen, hat das BMZ 2023 die Sahel-Plus-Initiative gegründet. Zu dieser Initiative gehören zum einen Krisenreaktionsmaßnahmen in den Sahel-Staaten, um einem Spillover an der Quelle zu begegnen. Zum anderen gehört dazu auch die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung in den Nordregionen der Küstenländer gegenüber radikalisierenden und destabilisierenden Einflüssen.

Sicherheitsakteurin bei der Umsetzung ihres Mandats zur Prävention von Konflikten, bei der Ausverhandlung von demokratischen Transitionsprozessen sowie beim Umgang mit Desinformation.

Just Transition in den Maghreb-Staaten

Nordafrika ist eine für Deutschland und Europa geostrategisch, energie-, klima- und migrationspolitisch wichtige Partnerregion. Eine *Just Transition* sowie ein verlässlicher Zugang zu erneuerbaren Energien bieten große Chancen. Daher setzt die Bundesregierung in Algerien, Marokko und Tunesien auf die Förderung der Produktion von grünem Wasserstoff und seinen Derivaten, um eine nachhaltige Energieversorgung voranzutreiben. Dies wird begleitet mit dem Einsatz für einen verantwortungsvollen Umgang mit knappen Ressourcen, vor allem Wasser, aber auch gegen Ungleichheit und für gute Beschäftigung. Ansätze einer feministischen Entwicklungspolitik bei wirtschaftlichen Potenzialen und der gesellschaftlichen Teilhabe von Frauen sollen die Länder auch ökonomisch voranbringen. Damit trägt der chancenorientierte Ansatz des BMZ dazu bei, wirtschaftliche Perspektiven zu erschließen, wodurch das Interesse an irregulärer Migration sinkt. Parallel setzt sich die Bundesregierung dafür ein, reguläre Migrationswege für Fachkräfte im beiderseitigen Interesse nutzbar zu machen.

Frieden und Sicherheit am Horn von Afrika

Schon aufgrund seiner geographischen Lage kommt dem Horn von Afrika eine wirtschafts- und geopolitische Schlüsselrolle zu. Neben Europa und den USA sind auch China, die Golfstaaten und die Türkei stark in der Region engagiert. Die Lage am Roten Meer entlang der wichtigsten Seeroute für den europäischen Handel mit Asien geben Frieden und Entwicklung in der Region zusätzliche Bedeutung. In der von gewaltsamen Konflikten, politischer Instabilität und Klimawandel geprägten Region stehen akute Krisenbewältigung, wirtschaftliche Entwicklung und der Aufbau von Institutionen im Fokus, um die Entwicklungsperspektiven der etwa 200 Millionen dort lebenden Menschen zu unterstützen. Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit sind die Stärkung sozialer Sicherungssysteme und guter Regierungsführung, die Unterstützung für Flüchtlinge und Binnenvertriebene, Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen in Konfliktsituationen, eine Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel und Ernährungssicherung, zum Beispiel über ein UNICEF-Programm im Sudan, das Gesundheitsmaßnahmen, Ernährungsberatung und Bargeldunterstützung für Mütter und Kinder miteinander verknüpft.

Klimawandel, Flucht und Migration beeinflussen lokale Gemeinschaften über Grenzverläufe hinweg. Schwache grenzüberschreitende Vernetzung führt zu nicht ausgeschöpften wirtschaftlichen Potenzialen. Regionale Zusammenschlüsse wie die *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) und die *Horn of Africa Initiative* spielen daher eine wichtige Rolle dabei, regionale Lösungsansätze und Kooperationen zu stärken sowie Handel und grenzübergreifende Investitionen zu fördern.

Schutz der grünen Lunge unseres Planeten in Zentralafrika

In der Zusammenarbeit mit den Ländern Zentralafrikas setzen die deutsche Entwicklungspolitik und ihre Partner einen Schwerpunkt im Klimaschutz und dem Erhalt, der Wiederherstellung und der nachhaltigen Nutzung biodiverser Ökosysteme – unter Einbezug indigener Bevölkerungen und lokaler Gemeinschaften.

Der Kongobeckenregenwald ist die zweitgrößte Tropenwaldregion der Erde. Er beherbergt die weltgrößten Torfmoore, ist unentbehrlich für den Wasserhaushalt des Nil und Kongo und Lebensgrundlage für mehr als 100 Millionen Menschen. Sein Schutz und die nachhaltige Entwicklung des Kongobeckens sind ein Kernanliegen der Bundesregierung. In der Kongobecken-Waldpartnerschaft (CBFP) arbeiten an diesem Ziel Regierungen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Privatsektor zusammen. Die Zusammenarbeit findet darüber hinaus sowohl auf bilateraler Ebene mit den einzelnen Staaten als auch regional mit der Zentralafrikanischen Waldkommission (COMIFAC) und multilateral über die Zentralafrikanische Waldinitiative (CAFI) statt.

Transformation im südlichen Afrika

Das südliche Afrika hat aufgrund einer relativ hohen politischen Stabilität und vergleichsweise fest verankerter demokratischer Strukturen grundsätzlich gute Entwicklungsvoraussetzungen. Auch wenn die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Länder sowie der Wohlstand in der Region und auch innerhalb der Länder sehr ungleich verteilt sind, ergeben sich hier viele Anknüpfungspunkte insbesondere bei der sozial-ökologischen Transformation.

Diese Transformation, welche tief in Wirtschaft und Gesellschaft eingreift, braucht neues Wissen und schafft neue Bedarfe. In Südafrika unterstützt die Bundesregierung daher im Rahmen der internationalen Berufsbildungszusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung für eine auf erneuerbare Energien ausgerichteten Wirtschaft. So werden zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der *National Business Initiative* (NBI) Berufsschulen ausgebaut, neue Lehrpläne erarbeitet und Lehrkräfte geschult. In Namibia unterstützt die Bundesregierung die heimische Wertschöpfung durch die Aufbereitung wirtschaftsgeologischer Rohstoffinformationen sowie deren Wertschöpfungspotenzialen und unterstützt die digitale Zugänglichkeit dazu als Grundlage für mögliche Investitionen im Land. Die Bundesregierung unterstützt in Namibia zudem im Rahmen einer Verwaltungspartnerschaften des BMWK den Aufbau einer Qualitätsinfrastruktur für die Herstellung und den Export von Grünem Wasserstoff.

Ausgewählte thematische Schlaglichter

KIimaschutz und Just Transition

Afrikanische Staaten stehen vor der großen Aufgabe, für eine beispiellos wachsende und junge Bevölkerung wirtschaftliche Perspektiven schaffen und zugleich Alternativen zum bisherigen fossilen Wachstumspfad finden zu müssen. Genau darauf zielt die deutsche Entwicklungspolitik mit dem Ansatz einer *Just Transition* – einer sowohl ökologischen als auch sozialen Transformation der Wirtschaft.

Ein wichtiges Instrument der Bundesregierungzur Stärkung afrikanischer Entwicklungs- und Klimaziele sind bilaterale Klima-, Entwicklungs- und Energiepartnerschaften mit Côte d'Ivoire, Kenia, Marokko und Ruanda. Mit plurilateralen *Just Energy Transition Partnerships* (JETPs) mit Senegal und Südafrika unterstützt die Bundesregierung gemeinsam mit weiteren Staaten, multilateralen Entwicklungsbanken und dem Privatsektor eine sozial gerechte Energiewende in klimapolitisch besonders ambitionierten Partnerstaaten. Beide Modelle zielen unter anderem auf den Ausbau erneuerbarer Energien durch institutionelle, technologische und finanzielle Zusammenarbeit.

Darüber hinaus unterstützt das BMZ multilaterale Initiativen wie die *Africa Adaptation Initiative* (AAI) der AU und das Klimafenster des Afrikanischen Entwicklungsfonds der AfDB. Gemeinsam mit afrikanischen Partnern will das BMZ die *Africa-EU Green Energy Initiative* (AEGEI) zum zentralen Kooperationsrahmen zwischen Afrika und Europa zu Energiethemen auf- und ausbauen. Das Engagement umfasst sowohl Technologie, Finanzierung als auch Beratung. Dies ist ein direkter Beitrag zum Ziel, in Afrika 100 Prozent Energiezugang für die Bevölkerung bis 2030 und 100 Prozent Dekarbonisierung bis 2050 zu erreichen.

Die Bundesregierung setzt sich darüber hinaus maßgeblich für den Erhalt, die nachhaltige Nutzung und die Wiederherstellung von Wäldern in Afrika ein. Das BMZ ist Initiator und maßgeblicher Unterstützer der *African Forest Landscape Restoration Initiative* (AFR100), die zum internationalen Ziel beiträgt, 350 Millionen Hektar Wald unter der *Bonn Challenge* bis 2030 wiederherzustellen.

Mavis Owusu-Gyamfi beim African Center for Economic Transformation (ACET) mit Jungunternehmerinnen und Jungunternehmern bei der BMZ-Konferenz „Shaping the Future with Africa – Young Entrepreneurship as a Key to a Just Transition" am 21.11.2023

Wirtschaft und gute Arbeit

Afrikanische Partnerländer stehen vor der Herausforderung, jährlich 25 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt vor allem bei der Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Förderung von Handel und Investitionen an. Große Chancen für Wirtschaftswachstum, Investitionen und Arbeitsplätze verspricht insbesondere die afrikanische Freihandelszone AfCFTA, deren Umsetzung Deutschland seit 2016 als größter bilateraler Geber unterstützt. Sie könnte den innerafrikanischen Handel bis 2035 nahezu verdoppeln, größere und lukrativere Märkte schaffen und den Aufbau lokal verarbeitender Industrien fördern. Von dieser Marktentwicklung profitiert perspektivisch auch die stark außenhandelsorientierte deutsche Wirtschaft.

Die Bundesregierung setzt auch auf einen engen Austausch mit jungen afrikanischen Unternehmerinnen und Unternehmern, um die Bedingungen für Start-ups und nachhaltige Geschäftsmodelle zu verbessern. Im November 2023 lud Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze 35 von ihnen zur Konferenz *Shaping the Future with Africa* nach Berlin ein, bei der sie Chancen und Herausforderungen mit Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft diskutierten. Das BMZ fördert das sich rasant entfaltende digitale Unternehmertum in Afrika etwa durch den Aufbau von Digitalzentren und die Stärkung gesamtafrikanischer Initiativen wie der *Smart Africa Alliance*. Es unterstützt bei der Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für die digitale Transformation, bei der Schaffung digitaler Märkte, bei einem sicheren Internetzugang für alle und bei der Überwindung des digitalen Grabens in der Bevölkerung. Es setzt sich zusätzlich für rechtliche Standards und Datenschutz ein. Dies geschieht unter anderem im Rahmen der Team-Europe-Initiativen *African European Digital Innovation Bridge* und *Data Flagship*.

Überwindung von Armut und Hunger, Aufbau sozialer Sicherung

Mehr als die Hälfte (56,7 Prozent) der weltweit von extremer Armut betroffenen Menschen lebt in Subsahara-Afrika.[29] Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Ernährungskrisen insbesondere am Horn von Afrika und im Sahel weiter zugespitzt und die Situation in vielen anderen Ländern verschärft. Die Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika zielt auf die Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme. In Äthiopien beispielsweise wird die Regierung dabei unterstützt, die Entwicklung einer produktiven Landwirtschaft an den Schutz der natürlichen Ressourcen und Ökosysteme zu koppeln.

In Afrika erreichen soziale Sicherungssysteme weniger als 20 Prozent der Bevölkerung. Dabei sind sie wesentliche Voraussetzung, um Armut und Ungleichheit zu reduzieren und Gesellschaften in Krisensituationen widerstandsfähiger zu machen. Das BMZ hat daher

29 Quelle: Weltbank, 2023: *September 2023 global poverty update: new data on poverty during the pandemic in Asia.*

Bundeskanzler Olaf Scholz mit Moussa Faki, Vorsitzender der Kommission der Afrikanischen Union (l.) und Azali Assoumani, Staatspräsident der Komoren und Vorsitzender der Afrikanischen Union, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz anlässlich der G20-Konferenz „Compact with Africa" im Bundeskanzleramt

Compact with Africa (CwA)

Der *G20 Compact with Africa* (CwA), unter deutscher G20-Präsidentschaft 2017 ins Leben gerufen, hat das Ziel, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in reformorientierten afrikanischen Ländern zu verbessern und mit mehr privaten Investitionen zur wirtschaftlichen Entwicklung beizutragen. Der CwA hat sich als zentrale multilaterale Initiative und wichtigstes Dialogformat zwischen der G20 und afrikanischen Ländern etabliert. Reformorientierte Regierungen erhalten Anreize und Unterstützung für Strukturreformen und beschäftigungswirksame Investitionen sowie für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen in Afrika.

Nach Einschätzung der Weltbank haben die 13 bisher teilnehmenden Länder Ägypten, Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Demokratische Republik Kongo, Ghana, Guinea, Marokko, Ruanda, Senegal, Togo und Tunesien überwiegend ihre Wettbewerbsfähigkeit und die Voraussetzungen für ausländische Direktinvestitionen verbessert. Erneuten Schub erfuhr die Initiative durch die CwA-Konferenz auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 20. November 2023 in Berlin. Weitere Länder wie Angola, Kenia, Namibia und Sambia sind an einem Beitritt interessiert. Die junge, rasch wachsende Generation kann Treiber für Innovation und Wandel auf dem Kontinent sein. Der Aufbau und die Unterstützung eines beruflichen Bildungssystems, wie beispielsweise in Somalia, spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert Ausbildung und gute Beschäftigung mit fairer Entlohnung und unter menschenwürdigen Bedingungen in enger Zusammenarbeit mit den Partnerländern und der Wirtschaft, wie zum Beispiel mit SAP im *Young Professional Program* – einer Kooperation mit der BMZ-Sonderinitiative „Gute Beschäftigung für sozial gerechten Wandel" und dem Programm develoPPP[29] for jobs.

29 Quelle: develoPPP-Programm *https://www.bmz.de/de/themen/privatwirtschaft/developp-17062*.

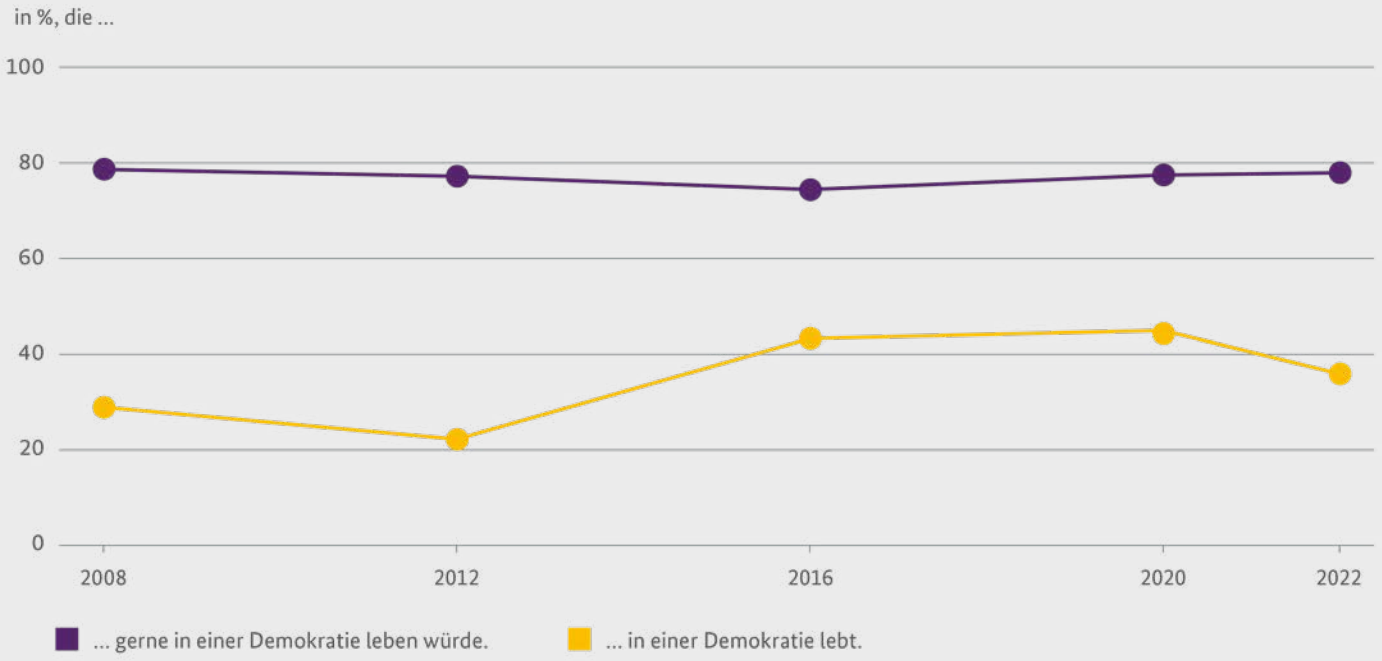
über die Sahel Resilienz Initiative sein Engagement in Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger, Tschad und Senegal ausgeweitet, um Menschen widerstandsfähiger gegen die Folgen von Klimawandel, Dürren und Pandemien zu machen. In Malawi, Äthiopien und Ghana unterstützen Programme bei der Bewältigung existenzieller Krisen. In Tansania begleitet das BMZ die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung. In Somalia werden gezielt schwangere und stillende Frauen in den wichtigen Monaten rund um die Geburt und das erste Lebensjahr des Kindes unterstützt. Systemische Veränderungen fördert die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Ruanda und Marokko mit dem Aufbau eines allgemeinen Systems der sozialen Sicherung, das allen Menschen Zugang zu einer Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung verschaffen soll. Parallel wird ein System von Familienbeihilfen entwickelt, durch das gezielt arme Familien unterstützt werden sollen, zum Beispiel durch kindergeldartige Leistungen.

Afrikas Verschuldungslage hat sich in den vergangenen Jahren dramatisch zugespitzt, auch aufgrund der Folgen der Covid-19-Pandemie, des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und des weltweiten Zinsanstiegs. Knapp zwei Drittel der Länder Afrikas befinden sich in einem Schuldennotstand oder stehen kurz davor. Die Bundesregierung unterstützt daher das von der G20 und dem Pariser Club entwickelten *Common Framework for Debt Treatments* für eine effiziente international koordinierte und inklusive Schuldenrestrukturierung. Bislang haben Äthiopien, Sambia, Tschad und Ghana Schuldenbehandlungen im Rahmen des *G20 Common Framework* beantragt. Darüber hinaus fördert das BMZ in den Partnerländern Schuldentransparenz und Schuldenmanagement.

Für Demokratie und Menschenrechte

In der Agenda 2063 der AU bekennen sich die afrikanischen Staaten zu guter Regierungsführung, Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit Laut Afrobarometer befürwortet die Mehrheit

Abb. 6: Einstellungen zu Demokratie in Afrika



Afrobarometer. 2023. Meinungsumfragen in Afrika. Erhebungszeitraum 2022. Worldbank. 2024. World Development Indicators: Total Population. https://bit.ly/3YZMmQY [Accessed: 21.11.2024]. Licence: CC BY-4.0. Bjørnskov and Rode. 2020. Regime types and regime change: A new dataset on democracy, coups, and political institutions. The Review of International Organizations 15.2. pp 531-551. | Visualisiert/Erstellt durch das Datenlabor BMZ

der Afrikanerinnen und Afrikaner die Demokratie als Regierungsform. Trotzdem lebten laut *Varieties of Democracy Institute* im Jahr 2023 mehr als 80 Prozent der afrikanischen Bevölkerung in einer elektoralen oder gar geschlossenen Autokratie – Tendenz steigend.

Um diesem Trend zu begegnen und Demokratien zu schützen, arbeitet die Bundesregierung eng mit politischen Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen, Medien und unabhängiger Wissenschaft zusammen und unterstützt in den afrikanischen Partnerstaaten die Grundlagen demokratischer Teilhabe wie rechenschaftspflichtige Institutionen, eine offene Zivilgesellschaft, freie politische Willensbildung und die Einbindung in Entscheidungsprozesse.

Menschenrechte, insbesondere Kinder- und Frauenrechte, sexuelle und reproduktive Rechte sowie die Rechte von Menschen mit Behinderungen und LGBTIQ+ Personen thematisiert die Bundesregierung im Dialog mit afrikanischen Partnerinnen und Partnern und treibt sie durch Vorhaben gezielt voran. Das BMZ berät sich mit den betroffenen Akteurinnen und Akteuren, um eine bestmögliche Unterstützung zu gewährleisten, die keine Gefährdung der Beteiligten darstellt.

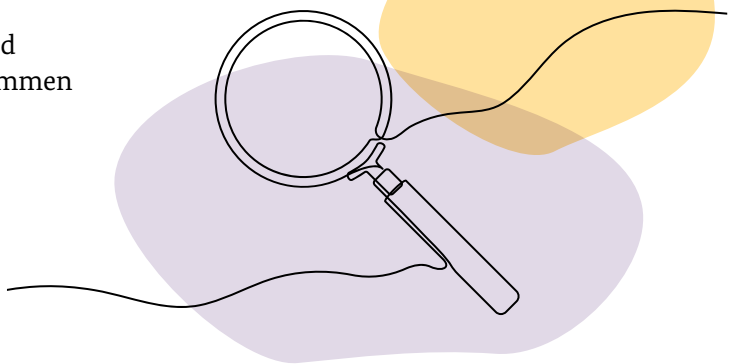
Austausch mit und Wissen über Afrika

Mit der *Shaping Futures Academy* führt das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) im Auftrag des BMZ ein jährliches innovatives Fortbildungs- und Vernetzungsprogramm für Nachwuchsführungskräfte aus afrikanischen und europäischen Ländern durch. Teilnehmende stammen aus Think Tanks und Forschungseinrichtungen, Regierungsinstitutionen und Medien, der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor.

Beim Gesprächskreis Afrika tauscht sich das BMZ zweimal jährlich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu afrikapolitischen Themen aus. Seit 2023 lädt das BMZ auch afrikanische Nicht-Regierungsorganisationen ein, wie beispielsweise die Dachverbände der afrikanischen Diaspora-Organisationen. Während der offenen Austausche informiert das BMZ über seine politischen Ansätze und holt Feedback und Expertise für seine Politikgestaltung ein.

Die Bundesregierung unterstützt ressortübergreifende Afrikaforschung, um ein differenziertes und evidenzbasiertes Afrikabild zu fördern. Umgesetzt wird das Vorhaben „Megatrends Afrika“ von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), dem German Institute of Development and Sustainability (IDOS) und dem Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel).

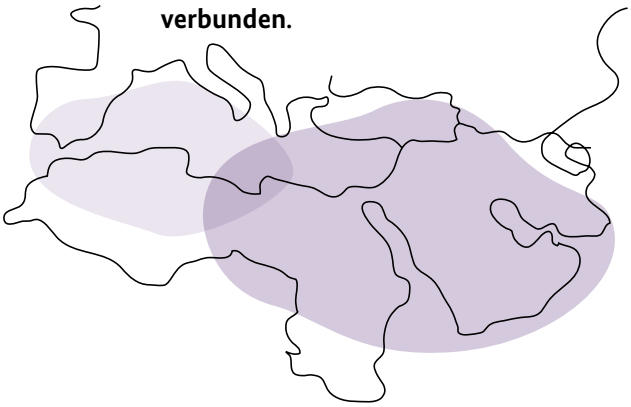
Die Bundesregierung unterstützt ressortübergreifende Afrikaforschung, um ein differenziertes und evidenzbasiertes Afrikabild zu fördern.



3.2 Naher Osten und Nordafrika

Deutschland und Europa sind mit der MENA-Region (*Middle East and North Africa*) in direkter Nachbarschaft verbunden. Die geografische Lage der MENA-Region an der Schnittstelle zwischen Asien und Afrika eröffnet umfassende Möglichkeiten für regionalen Handel, Vernetzung und Wirtschaftspartnerschaften mit Deutschland und Europa. Das entwicklungspolitische Engagement der Bundesregierung orientiert sich an gemeinsamen Interessen mit verschiedenen staatlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Prioritär ist dabei die Bewältigung der immensen, sich gegenseitig verschärfenden Herausforderungen, mit denen sich die MENA-Region auch in den letzten Jahren konfrontiert sah.

Deutschland und Europa sind mit der MENA-Region (*Middle East and North Africa*) in direkter Nachbarschaft verbunden.



Nahost-Krise und Konflikte

Andauernde und neu aufflammende Krisen und gewaltsame Konflikte gefährden Entwicklungsfortschritte. Der terroristische Angriff der Hamas und anderer terroristischer Gruppen aus dem Gazastreifen auf Israel am 7. Oktober 2023 und die darauffolgende militärische Reaktion Israels stellen eine Zäsur im Nahen Osten dar. Durch den andauernden Krieg, die katastrophale humanitäre Lage in Gaza und den weiteren Verbleib von israelischen Geiseln in der Gewalt der Hamas wurde großes Leid auf der israelischen und palästinensischen Seite ausgelöst, Durch den Raketenbeschuss der Hisbollah gegen Israel seit dem 8. Oktober 2023, die israelische Bodenoffensive im Libanon seit September 2024, die Angriffe der Houthis und des Iran mit Drohnen und ballistischen Raketen auf Israel im April sowie Oktober 2024 sowie durch israelische Vergeltungsmaßnahmen hat sich der Nahostkonflikt auf die gesamte Region ausgeweitet und birgt die Gefahr einer weiteren regionalen Eskalation.

Die Krise im Nahen Osten hat auch akute Auswirkungen auf die Entwicklungszusammenarbeit in der Region. Die Bundesregierung engagiert sich in den palästinensischen Gebieten, um bessere Lebensbedingungen und umfassende Entwicklungsperspektiven für die Menschen vor Ort zu schaffen sowie – im Sinne einer verhandelten Zweistaatenlösung – zum Aufbau eines zukünftigen palästinensischen Staates mit leistungsfähigen Institutionen beizutragen. Die durch die Terrorangriffe der Hamas auf Israel ausgelöste Eskalation des Nahostkonflikts und der andauernde Krieg im Gazastreifen machten eine Anpassung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit den Palästinensischen Gebieten und der Nahost-Region erforderlich.

Darüber hinaus wies Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze eine eingehende Überprüfung der Kontrollmechanismen für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den palästinensischen Gebieten an. Der Deutsche Bundestag wurde über die im Ergebnis robusten Prüfverfahren der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unterrichtet. Die Überprüfung des Engagements erfolgt weiterhin kontinuierlich und engmaschig, um Mittelfehlverwendungen zu verhindern. Die weitere Unterstützung des Palästinenser-Hilfswerks UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East) erfolgt unter der Bedingung, dass UNRWA entlang der konkreten Empfehlungen des sogenannten Colonna-Berichts reformiert wird. UNRWA ist für die Versorgung der sechs Millionen registrierten Palästina-Flüchtlinge in der Region eine unerlässliche Institution.

Inklusion von Menschen mit Behinderung verbessern

Weltweit leben schätzungsweise 1,3 Milliarden Menschen mit einer Behinderung, 80 Prozent von ihnen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.* Menschen mit Behinderungen erleben häufig strukturelle Ungleichheit, Stigmatisierung und Diskriminierung. Zudem erschweren ihnen strukturelle Barrieren den Zugang zu Bildung, Gesundheitsdiensten, sozialer Sicherung und Beschäftigung. Das führt dazu, dass Menschen mit Behinderung in ihrer Lebensqualität nach wie vor erheblich eingeschränkt sind. Menschen mit Behinderungen haben einen insgesamt schlechteren Gesundheitsstatus, und auf Grund von Barrieren im Gesundheitssystem ist ihre Lebenserwartung um bis zu zwanzig Jahre verkürzt. Das im Dezember 2023 veröffentlichte Menschenrechtskonzept der deutschen Entwicklungspolitik definiert die Inklusion von Menschen mit Behinderungen daher als ein zentrales und bindendes Ziel. Seit Januar 2024 hat das BMZ den *OECD-DAC Policy Marker Inclusion and Empowerment of Persons with Disabilities* (INK-Marker) für alle Neu- und Folgevorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit eingeführt. Für die deutsche Entwicklungspolitik ist die *Missing Billion Initiative* (MBI) im Bereich Inklusion ein wichtiger zivilgesellschaftlicher Partner. Die MBI setzt sich für Menschen mit Behinderungen ein, indem sie zum Beispiel Daten sammelt und für inklusivere Gesundheitssysteme sensibilisiert und mobilisiert.

* Quelle: United Nations: Secretary-General's report on the implementation of the UN Disability Inclusion Strategy.

Die MENA-Region ist insgesamt Schauplatz einer der derzeit größten kriegsbedingten Fluchtbewegungen weltweit;[30] zu den Binnenflüchtlingen im Gazastreifen kommen unter anderem sechs Millionen registrierte syrische Flüchtlinge in der Region[31] und über sieben Millionen Binnenvertriebene in Syrien[32] hinzu. Auch der Jemen ist aktuell weiterhin in einer humanitären Krise. Mehr als 20 Millionen Menschen sind auf internationale Hilfe angewiesen.[33] Die Vielzahl und Intensität der bewaffneten Konflikte und multiplen Krisen führen zu großem Leid in der MENA-Region und belasten die Bevölkerung physisch wie psychisch.

Hinzu kommen die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie, die Gesellschaften und ihre Gesundheitssysteme noch immer spüren. Durch die Pandemie allein sind acht Millionen Menschen in der MENA-Region in extreme Armut gerutscht.[34] Gleichzeitig haben zahlreiche Menschen in der Region nach wie vor keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Basisgesundheit sowie zu Sanitär- und Hygieneversorgung.

Auswirkungen des Klimawandels

Ferner trifft die Klimakrise die MENA-Region besonders hart. Bereits heute sind fast alle Länder der MENA-Region von akuter Wasserknappheit betroffen. Dürren, die Versalzung von Böden und Extremwetterereignisse beeinträchtigen die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen. Die Trinkwasserversorgung ist gefährdet, die Ernährungsunsicherheit wächst, und die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaften leidet. Die Folgen des Klimawandels verschärfen bereits prekäre Einkommens- und Lebenssituationen und Konfliktursachen. Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Ernährungssicherheit und Inflation in der Region zusätzlich verschlechtert.

Die verschiedenen Herausforderungen führen zu einer Polykrise, deren Folgen vor allem die schwächsten Bevölkerungsteile der MENA-Länder spüren. Ungleichheit und soziale Spannungen nehmen zu. Selbst in Ländern mit mittleren Einkommen, wie etwa in Ägypten oder im Libanon, ist mindestens ein Viertel der Bevölkerung

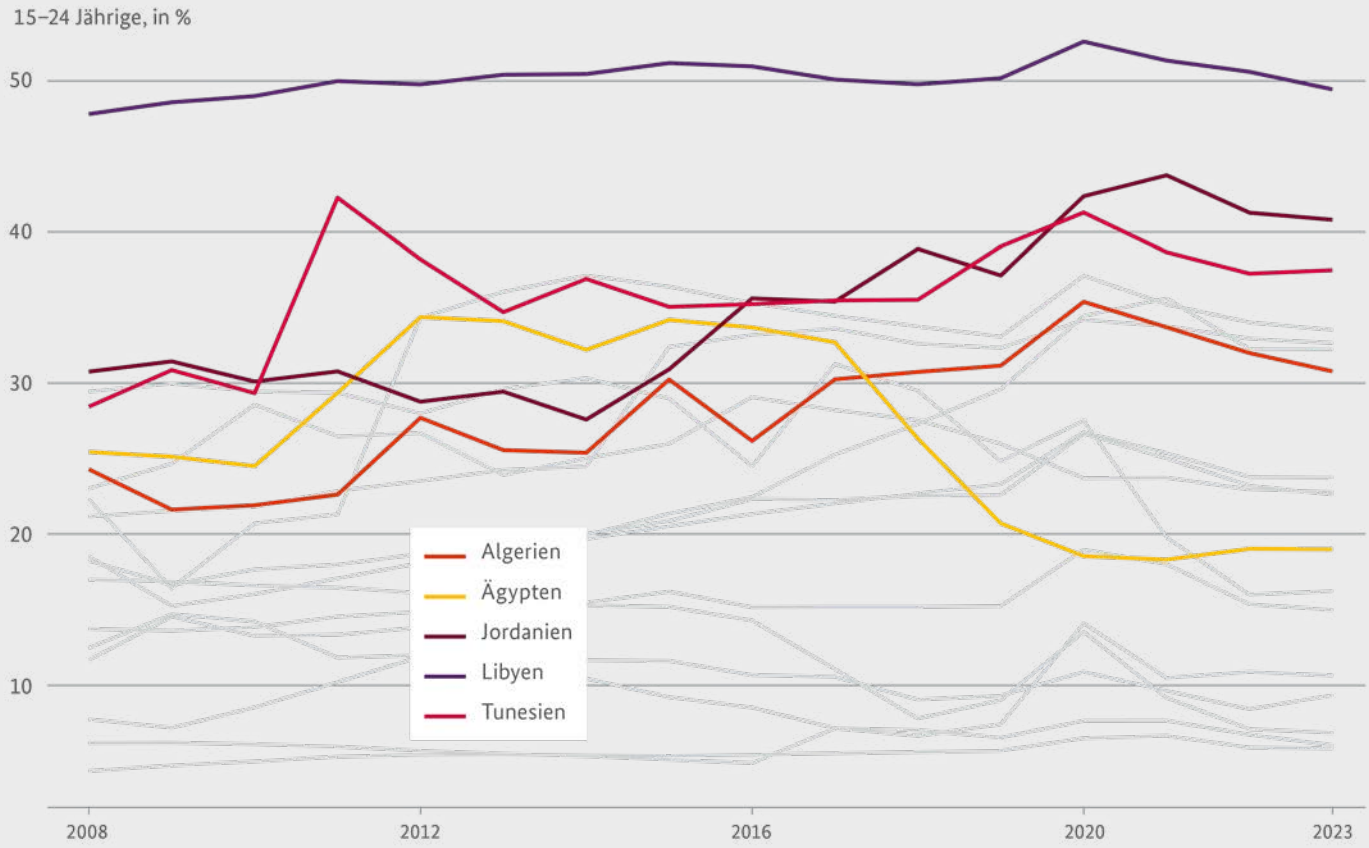
30 Quelle: *UNHCR*, Juli 2024.
31 Quelle: UNHCR Operational Data Portal, *https://data.unhcr.org/en/situations/syria*.
32 Quelle: UNHCR Operational Data Portal, *https://data.unhcr.org/en/country/syr*.
33 Quelle: *UNHCR*, Juli 2024.
34 Quelle: *ESCWA*, Mai 2023.

von multidimensionaler Armut betroffen. Das heißt, es mangelt den Menschen nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern beispielsweise auch an Zugang zu Wasser, sanitären Einrichtungen, Bildung oder grundlegender Gesundheitsversorgung. Ihre Partner bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zu unterstützen, stellte für die Bundesregierung auch in der 20. Legislaturperiode einen Grundpfeiler der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit der MENA-Region dar.

Viele MENA-Länder leiden unter einer angespannten Beschäftigungssituation, betroffen sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene: Etwa ein Viertel der 15- bis 24-Jährigen war 2023 arbeitslos.[35] Ein großer Anteil der Beschäftigten arbeitet im öffentlichen Sektor, während der Privatsektor unterentwickelt ist. Die knapp zwei Drittel aller Beschäftigten, die im informellen Sektor arbeiten, sind in besonderem Maß von unzureichenden Arbeitsbedingungen, Armut, Hunger und Krankheit bedroht.[36] Zugleich zeichnen sich viele junge Menschen durch ihren unternehmerischen Geist, ihre Sprachkenntnisse und digitale Kompetenzen aus. Die überwiegend junge Bevölkerung in der Region ist damit ein wichtiger Motor für Innovation und nachhaltiges Wachstum – eine entwicklungspolitische Chance, an die das entwicklungspolitische Engagement der Bundesregierung anknüpft.

35 Quelle: *Weltbank*, März 2024.
36 Quelle: *OECD/ILO/UNDP*, 2024.

Abb. 7: Jugendarbeitslosigkeit



Quelle: ILO. 2024. ILOEST: ILO Modelled Estimates and Projections Database. https://bit.ly/3ANgNli [Accessed on 18.11.2024]. Licence: CC-BY-4.0.
Visualisiert/Erstellt durch das Datenlabor BMZ

Erneuerbare Energien

Eine große Entwicklungschance für die MENA-Länder ist ihr Standortvorteil für den Ausbau erneuerbarer Energien. Die Region ist nicht nur bestens aufgestellt für die Energiewende vor Ort, sondern auch ein unabdingbarer energiepolitischer Partner für Deutschland und Europa. Um ihre Partnerländer bei ihrer sozial-ökologischen Transformation zu begleiten, hat die Bundesregierung den nachhaltigen und gerechten Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien zu einem Schwerpunkt ihrer Entwicklungszusammenarbeit mit der Region gemacht.

Damit Entwicklungserfolge der breiten Bevölkerung zugutekommen, ist die Teilhabe der Zivilgesellschaft an der Ausgestaltung solcher Maßnahmen essenziell. Möglichkeiten der politischen Teilhabe sind jedoch weiterhin eingeschränkt. Die Region war 2023 erneut die autokratischste Region der Welt.[37]

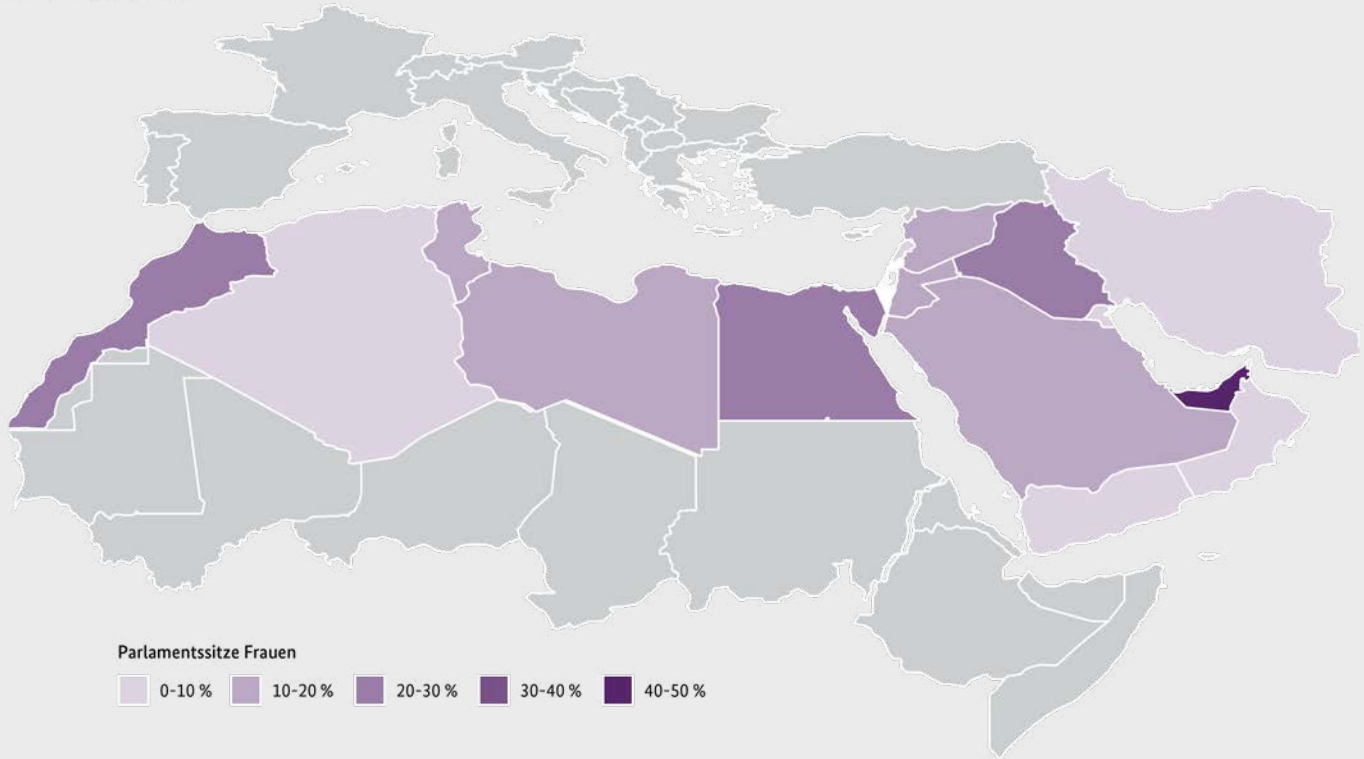
Geschlechtergerechtigkeit

Die MENA-Region bildet im internationalen Vergleich weiterhin das Schlusslicht in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit. Frauen sehen sich in ihrer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Teilhabe mit rechtlichen und sozialen Hürden konfrontiert. Mit nur 17 Prozent der Parlamentssitze sind sie deutlich unterrepräsentiert in politischen Entscheidungsprozessen.[38] Nur jede fünfte Frau verfügt über ein formelles Arbeitsverhältnis. Dabei hat die Region in den letzten zwei Jahrzehnten beachtliche Fortschritte darin erzielt, die

37 Quelle: *V-Dem Institute*, März 2024.
38 Quelle: *Weltbank*, Juli 2024.

Abb. 8: Anteil Frauen im Parlament

MENA-Region, 2023



Quelle: IPU. 2024. Parline: Global data on national parliaments https://bit.ly/3Cuvvyi. [Accessed on 18.11.2024]. Licence: CC-BY-4.0. | Visualisiert/Erstellt durch das Datenlabor BMZ
Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und der Art der Wiedergabe des Inhalts nimmt das BMZ keine Stellung zum Rechts- oder Verfassungsstatus von Ländern, Staats-, Hoheits- oder Seegebieten oder ihren Grenzen und Grenzlinien.

Kluft zwischen Männern und Frauen im Bildungssektor zu schließen. Die Bundesregierung sieht im großen Anteil gut ausgebildeter junger Frauen eine große Chance und setzt sich im Sinne der feministischen Außen- und Entwicklungspolitik besonders für ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe ein.

Ausgewählte thematische Schlaglichter

Um gegenwärtigen sowie zukünftigen Herausforderungen und Chancen für die Menschen in der Region besser gerecht zu werden, hat das BMZ sein entwicklungspolitisches Engagement mit den Ländern der Region neu ausgerichtet. Dabei bedient sie sich eines umfassenden Instrumentenkastens mit Projekten auf Länderebene sowie mit regionalen Ansätzen.

Armut und Ungleichheit in der MENA-Region überwinden

Die deutsche Entwicklungspolitik zielt darauf ab, zur Reduzierung der strukturellen Ursachen für Armut, Hunger und Ungleichheit in der MENA-Region beizutragen und die Krisenbewältigung zu unterstützen. Hierfür setzt sie an unterschiedlichen Stellschrauben an:

Widerstandsfähigkeit stärken

Insbesondere in den von Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen geprägten Ländern der Region stärkt die deutsche Entwicklungspolitik Menschen und Institutionen langfristig in ihrer Handlungs- und Widerstandsfähigkeit. Hierzu werden Ernährungssicherung, Katastrophenrisikomanagement und (Wieder-)Aufbau von Einrichtungen zur Grundversorgung gefördert. Ein besonderes Augenmerk legt die Bundesregierung dabei auf die Unterstützung von Menschen auf der Flucht und der aufnehmenden Gemeinden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Auf- und Ausbau universeller und adaptiver sozialer Sicherungssysteme. Sie tragen dazu bei, strukturelle Armut nachhaltig zu reduzieren und die Folgen von Naturkatastrophen sozial abzufedern.

So wurden seit 2021 über die strukturbildende Übergangshilfe des BMZ in der MENA-Region insgesamt 4,2 Millionen Menschen, davon mehr als die Hälfte Frauen (51 Prozent), unterstützt. Auch rund 1,8 Millionen Kinder zählen zu den Begünstigten. Rund 3,3 Millionen Menschen haben heute einen verbesserten Zugang zu sauberem Wasser und Sanitärversorgung, 540.000 Menschen haben einen Zugang zu Gesundheitsversorgung, und 530.000 Menschen können in Schulen sicher lernen. Im Kontext Flucht und Vertreibung unterstützte das BMZ im Jahr 2022 über 2,18 Millionen Menschen in der MENA-Region, knapp die Hälfte davon Frauen.

In Jordanien unterstützt das BMZ unter dem Dach der Initiative No Lost Generation die vom Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (United Nations Children's Fund, UNICEF) etablierten Makani-Zentren. Hier werden seit 2018 rund 150.000 vulnerable jordanische sowie geflüchtete Kinder und Jugendliche aus Syrien unterstützt. Sie profitieren von frühkindlicher Erziehung, psychosozialer Betreuung, Lernunterstützung sowie technischen Kursen zur Vorbereitung auf das Berufsleben.

Gute Beschäftigung fördern

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit fördert neue Beschäftigungsmöglichkeiten – vor allem in ressourcenschonenden Zukunftssektoren – sowie gute Arbeitsbedingungen. In Zusammenarbeit mit Regierungen und Privatwirtschaft fördert das BMZ (Aus-)Bildungsangebote vor allem für junge Menschen und Frauen, die den zukünftigen Bedarfen des Arbeitsmarkts entsprechen. Es unterstützt seine Partnerländer außerdem in ihren Bestrebungen, informelle Beschäftigung zu formalisieren sowie reguläre Fachkräfte- und Arbeitsmigration zu fördern, von der neben den Zielländern und Menschen mit Migrationswunsch auch die Partnerländer profitieren.

Durch derartige Maßnahmen konnten in der MENA-Region alleine im Jahr 2022 knapp 36.000 größtenteils junge Menschen eine berufliche Ausbildung abschließen, mehr als ein Drittel davon waren Frauen. Über 15.000 Arbeitsplätze wurden direkt geschaffen beziehungsweise gesichert.

Ein Arbeiter arbeitet an einem Metallerzeugnis in einer Werkstatt in Ben Guerir in Marokko

Der SANAD-Fonds – eine Kooperation zwischen BMZ, der Europäischen Union und weiteren europäischen Partnern – ermöglicht kleinsten, kleinen und mittelgroßen Unternehmen in der Region Zugang zu Gründungs- sowie Wachstumskapital. Ziel des Fonds ist es, die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen in der Region durch mehr Einkommen, Beschäftigung und Wachstum zu verbessern und einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Durch den SANAD-Fonds konnten viele Arbeitsplätze gesichert und weitere neu geschaffen werden. Knapp die Hälfte der Teilnehmenden an Fortbildungskursen sind Frauen. Auch private Geber sind beteiligt, unter anderem die GLS-Bank.

Frauen, Mädchen und andere marginalisierte Gruppen stärken

Zwei Bereiche standen in der 20. Legislaturperiode im Fokus in der MENA-Region:

Die Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit vorantreiben

Die Bundesregierung unterstützt die Teilhabe von Frauen in der Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedenssicherung und fördert so die regionale Umsetzung der Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Dabei nutzt sie sowohl bilaterale als auch regionale Ansätze und baut auf die Zusammenarbeit mit VN-Organisationen und der feministischen Zivilgesellschaft vor Ort.

Gemeinsam mit UN Women unterstützt das BMZ die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen in Syrien, Libyen, Irak und Jemen. Frauengruppen und Mediatorinnen werden dort durch Beratung, Vernetzung und Erfahrungsaustausch gestärkt. Zudem ermöglicht das Projekt „Förderung der Beteiligung von Frauen an Friedens- und politischen Entscheidungsprozessen in der MENA-Region“ Synergien zwischen der nach wie vor männlich dominierten hochrangigen politischen Ebene in Verhandlungsprozessen und dem Engagement von Frauenrechtsaktivistinnen.

Teilnehmerinnen des Girls’ Day 2023 in Tunesien bei einer Unternehmensbesichtigung

Die wirtschaftliche und politische Teilhabe von Frauen fördern

Beim Ausbau von Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven legt die Bundesregierung einen besonderen Fokus auf Frauen und junge Menschen. Um Frauen in ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Teilhabe zu stärken, braucht es darüber hinaus jedoch weitere Weichenstellungen. Das BMZ fördert den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen wie Finanzen, Eigentumsrechte, Bildung, Sozialleistungen und Infrastruktur.

Da weibliche Vorbilder eine wichtige Rolle als Multiplikatorinnen spielen können, stärkt das BMZ darüber hinaus gezielt Entscheidungs- und Wissensträgerinnen. Mit dem Regionalvorhaben WoMENA fördert das BMZ regionale Frauennetzwerke in Ägypten, Jordanien, Libanon, Marokko und den palästinensischen Gebieten. Durch Beratung, *Capacity Building* und Aufklärungsarbeit werden Frauen und Männer darin unterstützt, die Gleichstellung der Geschlechter im wirtschaftlichen und politischen Leben voranzutreiben.

Die sozial-ökologische Transformation begleiten

Die sozial-ökologische Transformation (*Just Transition*) der MENA-Volkswirtschaften drängt. Auf staatlicher Ebene wird bei der Ausgestaltung politischer Rahmenbedingungen und dem Setzen von Anreizen unterstützt. In regionalen, europäischen und internationalen Entwicklungsbanken begleitet das BMZ die Einführung von Klima- und Umweltschutzstandards bei der Kreditvergabe.

In der 20. Legislaturperiode setzte die Bundesregierung einen besonderen Fokus auf folgende Bereiche:

Auf- und Ausbau nachhaltiger Sektoren fördern, Minderung von und Anpassung an den Klimawandel vorantreiben

Indem es den Auf- und Ausbau nachhaltiger Sektoren stärkt, unterstützt das BMZ nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in seinen Partnerländern. Der Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien in der Region trägt in vielen Ländern neben einer verbesserten Stromversorgung auch zur Dekarbonisierung

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze mit dem marokkanischen Außenminister Nasser Bourita

ihrer Volkswirtschaften bei. Mit der Förderung der Wasser- und Kreislaufwirtschaft trägt das BMZ zudem zu Ressourcen- und Umweltschutz bei. Daneben unterstützt die Bundesregierung Partnerländer beim Erreichen der Pariser Klimaziele, etwa bei der Erarbeitung und Umsetzung national festgelegter Klimabeiträge und Anpassungspläne. Weitere von der Bundesregierung geförderte nachhaltige Sektoren umfassen die ökologisch nachhaltige und wassersparende Land- und Forstwirtschaft sowie Ökotourismus.

In ihrem Engagement setzt die Bundesregierung auf die enge Einbindung von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft, um die Klimawandelanpassung sozial gerecht zu gestalten.

Wassereinsparung und -aufbereitung unterstützen

Die deutsche Entwicklungspolitik unterstützt verschiedene Ansätze, um die schon heute große Wasserknappheit in der Region anzugehen. Zu diesen gehört, Wasserverbrauch und -verluste zu reduzieren, Grundwasserschutz zu fördern und Abwasser aufzubereiten. Ein gerechter Umgang mit der Ressource Wasser spielt insbesondere in den Krisengebieten der Region eine wichtige Rolle.

In Jordanien, einem der wasserärmsten Länder der Welt, unterstützt das BMZ den Wassersektor dabei, die akute Wasserkrise zu bekämpfen. Im Vordergrund stehen dabei der Bau einer der größten Meerwasserentsalzungsanlagen der Welt, die ressourcenschonende Bewässerung der Landwirtschaft, etwa durch aufbereitetes Abwasser, und die Reduzierung von Wasserverlusten durch technische Maßnahmen sowie durch Bewusstseinsförderung in der Bevölkerung zu wassersparendem Verhalten. Bereits jetzt nimmt Jordanien weltweit eine Vorreiterrolle im Bereich Abwasserwiederverwertung ein; über 30 Prozent der landwirtschaftlichen Bewässerung erfolgt durch aufbereitetes Abwasser.

Gesundheit und Pandemiebekämpfung

Allein im Jahr 2022 haben in der MENA-Region durch die entwicklungspolitische Arbeit des BMZ etwa 3,5 Millionen Menschen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen erhalten. Insgesamt 186 Gesundheitseinrichtungen wurden errichtet bzw. ihre Kapazitäten gestärkt.

Gesundheitssystemstärkung und Pandemievorsorge

Um auf künftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, hat die Bundesregierung ihre Partnerländer bei der Stärkung ihrer Gesundheitssysteme und bei der Pandemievorsorge unterstützt. Hierfür hat es Impfkampagnen, verbesserten Zugang zu Wasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung, die Beschaffung dringend benötigter medizinischer Produkte und Kapazitätsaufbau im Gesundheitsbereich gefördert.

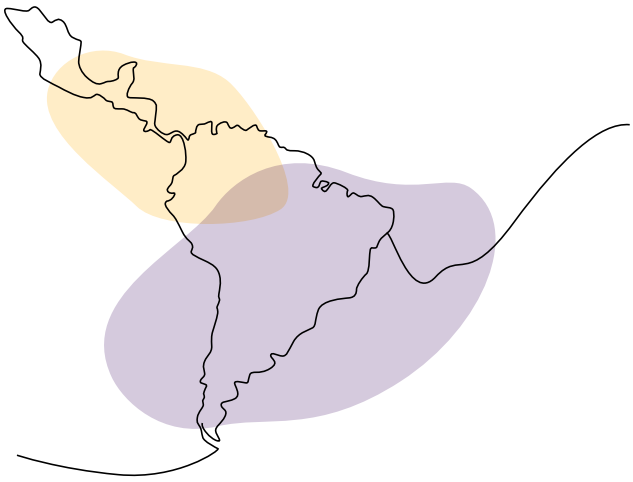
Mit dem Projekt Stärkung des Gesundheitssystems und der Pandemiebekämpfung in Libyen hat das BMZ das durch jahrelange Konflikte und politische Instabilität geschwächte Gesundheitssystem in Libyen unterstützt. Dabei hat es dazu beigetragen, die Ausbildung von Gesundheitsfachkräften und den Ausbau des nationalen Überwachungs- und Reaktionssystems für meldepflichtige Krankheiten zu verbessern. Zudem wurde ein nationales Dateninformationssystem für meldepflichtige Krankheiten entwickelt und erprobt. Ergänzt wurden diese Aktivitäten durch den Aufbau einer Hochschulkooperation zwischen Libyen, der Maghreb-Region und Europa.

Zugang zu Basisgesundheit und psychosozialer Unterstützung in Fluchtkontexten

Die Bundesregierung legt in der MENA-Region ein besonderes Augenmerk auf den Zugang zu Basisgesundheit. Es verstärkt Maßnahmen für psychosoziale und mentale Gesundheit besonders in Fluchtkontexten. Die deutsche Entwicklungspolitik leistet damit auch einen Beitrag zu Krisenprävention und der Fähigkeit, bestehende Konflikte gewaltfrei zu bearbeiten.

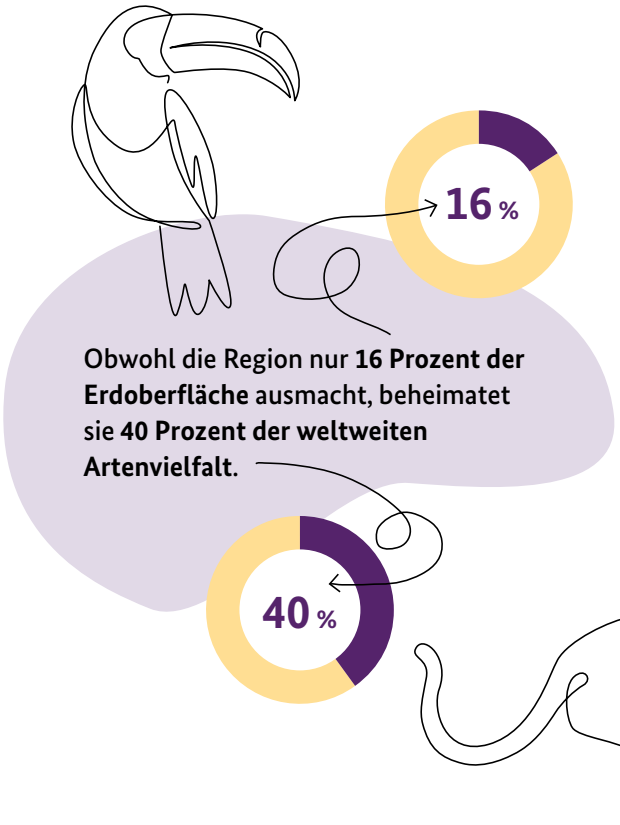
Mit dem Projekt *Mental Health and Psychosocial Support* (MHPSS) im Nahen Osten unterstützt das BMZ die psychosoziale Versorgung von Menschen im Libanon, Irak, Jordanien und der Türkei durch die fachliche und methodische Weiterbildung von Akteurinnen und Akteuren zur Anwendung kontext-, trauma- und gendersensibler Ansätze zu psychischer Gesundheit.

3.3 Lateinamerika und die Karibik



So divers die 33 Staaten der Region Lateinamerika und Karibik in geografischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sind, so bieten sie aufgrund von Gemeinsamkeiten in Sprache, Kultur und Geschichte auch besondere Chancen für länderübergreifende und regionale Zusammenarbeit. Mit zahlreichen Ländern der Region verbindet Deutschland grundlegende Prinzipien wie Demokratie, Wahrung der Menschenrechte und sozialer Zusammenhalt. Dies bildet ein solides Fundament für die entwicklungspolitische Kooperation.

Lateinamerika und die Karibik sind eine globale Schlüsselregion für den Schutz von Klima und Biodiversität. Hier befinden sich die größten Flächen an tropischem Regenwald weltweit. Obwohl die Region nur 16 Prozent der Erdoberfläche ausmacht, beheimatet sie 40 Prozent der weltweiten Artenvielfalt. Die Waldfläche ist jedoch in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen, und auch die Biodiversität in der Region ist zunehmend bedroht. Zudem sind die Folgen des Klimawandels hier besonders spürbar. Darüber hinaus ist die Region ein zentraler Partner in der Bekämpfung der ökologischen Dreifachkrise aus Biodiversitätsschutz, Klimaschutz und Umweltverschmutzung.



Die Region verfügt zudem über enormes wirtschaftliches Potenzial und Gewicht. Viele Länder verfügen über ein mittleres Einkommensniveau. Mit Chile, Costa Rica, Kolumbien und Mexiko sind bereits vier Staaten der Region Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Brasilien und Peru sind Beitrittskandidaten. Argentinien, Brasilien und Mexiko sind außerdem Mitglieder der G20. Die Region ist wirtschaftlich eng mit Deutschland und den anderen Ländern der Europäischen Union verflochten.

Allerdings gibt es auch große Herausforderungen. Ein teilweise hohes Einkommens- und Bildungsniveau trifft in der Region auf den höchsten Grad an Ungleichheit weltweit. Die Volkswirtschaften sind überwiegend von Rohstoffen abhängig, die lokale Wertschöpfung ist begrenzt, und Investitionsquoten sowie Innovationskraft sind vergleichsweise gering. Die Covid-19-Pandemie hat zu einem erheblichen Wiederanstieg der Armut geführt.

Langjährige Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Partnerländern in Lateinamerika und der Karibik boten auch in der 20. Legislaturperiode eine verlässliche Grundlage für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Das BMZ veröffentlichte im Juli 2023 vor dem Hintergrund globaler Umbrüche ein neues entwicklungspolitisches Positionspapier, das

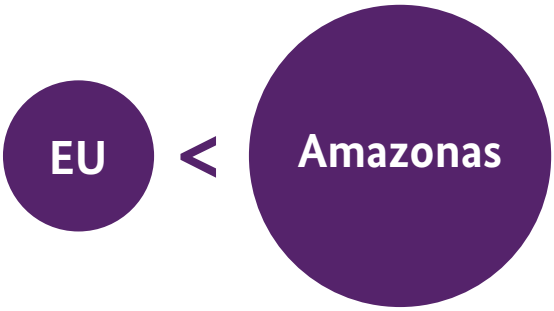
die Zusammenarbeit mit der Region neu ausrichtet. Es wurde im Rahmen eines breiten Konsultationsprozesses mit Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft (inklusive lateinamerikanischer und europäischer Expertinnen und Experten) diskutiert. Im Einklang mit dem Titel des Papiers „Perspektiven mit Lateinamerika und der Karibik – Gemeinsam für ökologischen Wandel und soziale Gerechtigkeit“ verfolgt die deutsche Entwicklungspolitik drei übergeordnete Ziele:

1. *Just Transition*: einen sozial gerecht gestalteten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft voranbringen,

2. mit feministischer Entwicklungspolitik gerechte Gesellschaften fördern,

3. gute Regierungsführung, Frieden und Demokratie fördern.

In der 20. Legislaturperiode konzentrierte sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Lateinamerika und der Karibik insbesondere auf den Schutz globaler öffentlicher Güter wie das Weltklima und die Artenvielfalt. Darüber hinaus förderte die Entwicklungspolitik die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und trug zu Gesellschaftsmodellen bei, die sozialen Frieden und die Gleichberechtigung aller Geschlechter sichern. Die enge Zusammenarbeit mit der Region diente zudem dem Schutz und der Stärkung gefestigter Demokratien sowie einer regelbasierten globalen Ordnung. Mit sechs Ländern in der Region arbeitete die Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode besonders eng zusammen: Bolivien, Ecuador und Kolumbien sind bilaterale Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, mit denen langfristig gemeinsame Entwicklungsziele verfolgt werden. Brasilien, Mexiko und Peru zählen zu den Globalen Partnern, mit denen gemeinsame Antworten auf globale Zukunftsfragen verfolgt werden. Die Bundesregierung unterstützt im Rahmen der im Oktober 2023 verabschiedeten Diversifizierungsstrategie die vertiefte Zusammenarbeit mit ausgewählten Ländern, unter anderem durch vergünstigte Konditionen für Investitionsgarantien; in Lateinamerika gilt dies für Projekte in Brasilien, Kolumbien und Peru.



Die Amazonasregion ist **fast 2x so groß wie die Fläche aller EU-Mitgliedsstaaten.**

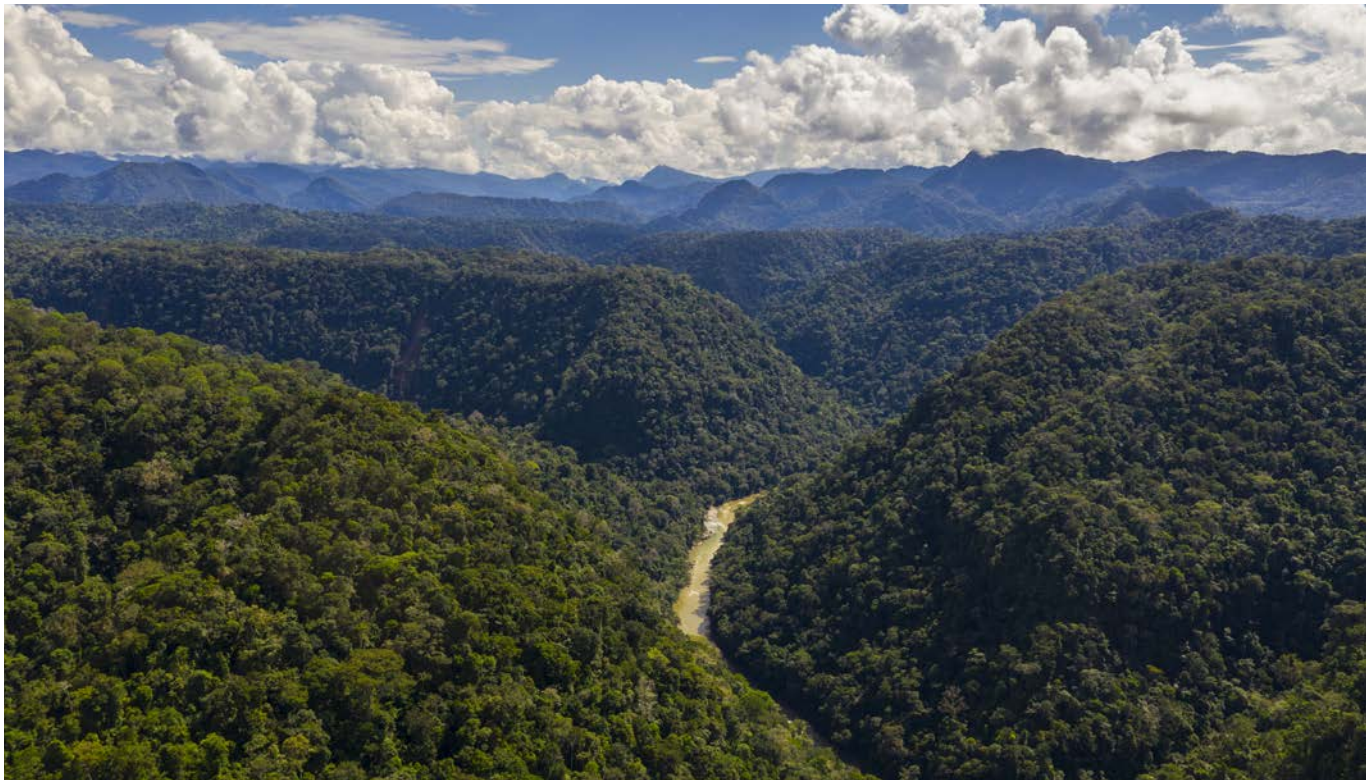
Ausgewählte thematische Schlaglichter

Just Transition

Die Bundesregierung hat neue Partnerschaften geschlossen, um Länder der Region beim Übergang zu einer klimagerechten Wirtschaft zu unterstützen. Über die Klimapartnerschaft mit Peru (2022), die Partnerschaft für Klima und eine gerechte Energiewende mit Kolumbien (2023) und die Partnerschaft für eine sozial gerechte und ökologische Transformation mit Brasilien (2023) werden die Erreichung der nationalen Klima- und Umweltziele sowie eine sozial gerechte und ökologische Entwicklung unterstützt.

Viele Länder in der Region verfügen über günstige Bedingungen zur Erzeugung erneuerbarer Energien. Sie zeigen erhebliches Interesse, dieses Potenzial auch für die Erzeugung von grünem Wasserstoff zu nutzen. Im Rahmen der Partnerschaft mit Kolumbien fördert das

Förderung nachhaltiger Lieferketten: Anbau von Bananen auf dem Bio-Bauernhof „El Bijagual“ in Ecuador



Amazonas-Regenwald in Peru

Amazonas

Die Amazonasregion ist mit einer Fläche von sieben Millionen Quadratkilometern (etwa fünf Prozent der Erdoberfläche und fast doppelt so groß wie die Fläche der EU-Mitgliedstaaten) der größte Regenwald der Erde. Er umfasst die südamerikanischen Länder Brasilien, Französisch-Guyana, Suriname, Guyana, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien. Die Amazonasregion beherbergt 40 Prozent der weltweiten Artenvielfalt. Allerdings ist in den vergangenen Jahrzehnten bereits fast ein Fünftel der Waldfläche unwiderruflich zerstört worden.* Mit dem Beschluss der Weltnaturkonferenz in Montreal im Jahr 2022 bekannte sich die Weltgemeinschaft dazu, den Verlust an Biodiversität zu stoppen.

Ziel der deutschen Entwicklungspolitik ist der Erhalt des tropischen Regenwaldes durch Schutzmaßnahmen und Kontrollen. Die Stärkung indigener und traditioneller Waldgemeinschaften ist dabei essentiell. In Brasilien arbeitet das BMZ deshalb eng mit dem 2023 neu gegründeten Indigenenministerium zusammen und unterstützt es beim Aufbau einer Regionalpräsenz im Amazonas sowie beim Management von Schutzgebieten.

Außerdem ist ein zentrales Ziel, den betroffenen Menschen wirtschaftliche Perspektiven und alternative Einkommensmöglichkeiten zur Entwaldung zu schaffen.

Das BMZ arbeitet mit Bolivien, Brasilien, Ecuador, Kolumbien und Peru eng beim Schutz des Tropenwalds zusammen. Darüber hinaus ist die Förderung der regionalen Zusammenarbeit zum Schutz des Amazonas ein wichtiges Anliegen der Bundesregierung. Deshalb unterstützt das BMZ beispielsweise die Organisation des Amazonaskooperationsvertrages (OCTA) bei der regionalen Zusammenarbeit im Bereich Feuermanagement. Auf diese Weise soll die Gefahr verheerender Waldbrände nachhaltig reduziert werden.

* Quelle: *https://www.nature.com/articles/s41586-021-03629-6*.

BMWK zum Beispiel den Hochlauf von erneuerbarer Energie und grünem Wasserstoff. In Brasilien fördern das BMZ und das BMWK die Rahmenbedingungen für den Markthochlauf von grünem Wasserstoff, unter anderem mit Wasserstofflaboren und Bildungsmaßnahmen für die berufliche Qualifizierung. Zudem übernimmt die Bundesregierung Exportkredit- und Investitionsgarantien für Projekte der grünen Transition in allen Ländern der Region zu günstigeren Bedingungen.

Der Erhalt, die Wiederherstellung und die nachhaltige Nutzung von Ökosystemen (Bioökonomie, entwaldungsfreie Lieferketten) sind von großer Bedeutung für indigene Völker und traditionelle Gruppen sowie den ländlichen Raum. In Mexiko hat das BMZ daher die Regierung dabei unterstützt, ambitionierte Ziele zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zum Waldschutz zu erreichen. Hierzu förderte es das Management und die Finanzierung von Schutzgebieten. Auch die Ausweisung und der Schutz indigener Gebiete sind wichtige Schwerpunkte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. In Brasilien werden traditionelle Völker und Gemeinschaften beispielsweise bei der Nutzung von Informationen zu Land- und Umweltrechten unterstützt, um ihre Rechte besser geltend zu machen.

Potenziale bei Ernährungs- und Wassersicherheit, Gesundheit sowie Klima- und Biodiversitätsschutz können durch einen sozial-ökologischen Umbau der Landwirtschaft gehoben werden. Gefördert wurden deshalb beispielsweise eine entwaldungsfreie Landwirtschaft und rückverfolgbare Lieferketten in Kolumbien.

Berufliche Bildung in Bolivien

Die Bundesregierung setzt sich für nachhaltige und lebenswerte Städte in der Region ein. Dies umfasst die Bereiche Verkehr, Gebäude, Trinkwasser- und Abwassermanagement, Sanitärversorgung sowie Kreislaufwirtschaft. Ferner werden naturbasierte Lösungen (*nature based solutions,* NbS) gefördert wie die Renaturierung von Flussauen und Feuchtgebieten. Diese leisten einen zentralen Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel, indem sie beispielsweise zur Verbesserung der Wasserqualität, zum Hochwasserschutz, zur Grundwasseranreicherung sowie insgesamt zur Wassersicherheit für Mensch und Umwelt beitragen. In der bolivianischen Stadt Sucre wurde mit Hilfe des BMZ in die Wasserinfrastruktur investiert. Die ganzjährige Wasserversorgung, auch bei längeren Dürreperioden, ist nun in ausreichender Menge und Qualität gewährleistet.

Integrierte und saubere Mobilität in den Städten Perus

In Peru unterstützt das BMZ die notwendige Verkehrswende und damit eine Minderung der Treibhausgase. Bessere öffentliche Verkehrsmittel wie U-Bahn und Bus sowie mehr Rad- und Fußwege senken die Emissionen. Die Entwicklungszusammenarbeit trägt zu diesem integrierten und sauberen Mobilitätskonzept bei – durch Kredite für den Bau der ersten unterirdischen Metro in Perus Hauptstadt Lima, durch den Aufbau eines Fahrradschnellwegenetzes als Zubringer zur neuen U-Bahn-Linie sowie durch den Auf- und Ausbau von umweltschonenden Bussystemen und Fahrradwegen in weiteren staugeplagten Städten Perus. Auch deutsche Unternehmen sind als Unterauftragnehmer am Bau der Metro in Lima beteiligt, wodurch hierzulande Arbeitsplätze gesichert werden. In Lima verbringen die Menschen im Schnitt drei Mal so viel Zeit im Stau wie in Berlin. Zudem kommt Deutschland damit seinen Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 nach, in dem die reicheren den ärmeren Ländern ihre Unterstützung beim Erreichen ihrer Klimaziele zugesagt haben.

In Ecuador wurden staatliche Institutionen bei der vorausschauenden Stadt- und Verkehrsplanung, beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und bei der E-Mobilität unterstützt. In Mexiko startete das BMZ sein erstes Programm zur Flottenerneuerung von Fahrzeugen mit dem Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen und Luftschadstoffen zu reduzieren. Diese Förderung bettete sich ein in eine übergreifende Kooperation mit der mexikanischen Regierung, die bei der Entwicklung eines Gesetzes zu nachhaltiger Mobilität beraten wurde.

Das BMZ unterstützt weiterhin den Auf- und Ausbau nationaler Berufsbildungssysteme verschiedener Länder. Damit leistet die Entwicklungspolitik einen Beitrag, um den Verlust von Arbeitsplätzen in schrumpfenden Branchen auszugleichen und die Beschäftigten für neue Branchen zu qualifizieren. In Mexiko beteiligen sich zum Beispiel rund 3.500 Unternehmen an der Zusammenarbeit zum Ausbau des mexikanischen Systems der dualen Berufsausbildung.

Feministische Entwicklungspolitik

In Lateinamerika und der Karibik gibt es eine große Zahl von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die sich für die Gleichstellung von Frauen und Mädchen einsetzen. Auch eine wachsende Zahl von Regierungen, beispielsweise in Brasilien, Kolumbien, Bolivien und Mexiko, haben sich in den letzten Jahren entschlossen, einem feministischen Ansatz zu folgen. Zugleich sind strukturelle Benachteiligung von Frauen und Mädchen und Gewalt tägliche Realität. Auch strukturelle Benachteiligungen wirken fort: Frauen mit geringem Einkommen sind davon besonders betroffen. Die

Abb. 9: Frauenerwerbsquote, 15–64 Jährige

Basierend auf offiziellen Statistiken zu formeller Beschäftigung in Lateinamerika, der Karibik und Deutschland.

Quelle: ILO. 2024. Weltbank Gender Data Portal. https://genderdata.worldbank.org/en/home. [Accessed on 18.11.2024]. License: CC BY-4.0.
Visualisiert/Erstellt durch das Datenlabor BMZ

Frauenerwerbsquote in Lateinamerika und der Karibik lag 2021 bei rund 45 Prozent (in Deutschland bei 53,5 Prozent).[39] In Kolumbien wird die Regierung beim Aufbau des neuen Gleichstellungsministeriums beraten. Auch in Brasilien unterstützte das BMZ die progressive Gleichstellungspolitik der Regierung, unter anderem ebenfalls durch die Unterstützung des neuen Gleichstellungsministeriums. Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu stärken, hat die deutsche Entwicklungspolitik in Brasilien zudem gezielt die Karriereförderung von Frauen im Energiesektor unterstützt. In Peru hat das BMZ das spezialisierte Justizsystem für Gewalt gegen Frauen gestärkt. Es unterstützt Frauen und Mädchen sowohl durch rechtliche als auch durch psychosoziale Betreuung und Schutzmöglichkeiten, zum Beispiel über Kontakte zu Frauenhäusern.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze und die kolumbianische Vize-Präsidentin Francia Márquez

Gute Regierungsführung, Frieden und Demokratie fördern

Grundsätzlich gibt es zwischen Europa und der Region Lateinamerika und Karibik ein hohes Maß an Übereinstimmung bezüglich Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. In den meisten Ländern der Region sind demokratische Wahlen und Regierungswechsel die Regel. Die Regierungen der entwicklungspolitischen Partnerländer setzen derzeit zudem einen Schwerpunkt bei sozialen Fragen. Grund dafür ist nicht zuletzt auch die aktive Rolle der Zivilgesellschaft.

Zugleich zeigen sich zahlreiche Herausforderungen: Die Region weist ein hohes Maß an demokratischer Fragilität und sozialer Ungleichheit auf. Auch gab und gibt es institutionelle Schwächen, zum Beispiel beim Zugang zur Justiz. Korruption und organisierte Kriminalität stellen strukturelle Hindernisse für eine nachhaltige Entwicklung dar.

In einer Reihe von Staaten in der Region waren und sind die Menschen von gravierenden Verletzungen ihrer Menschenrechte betroffen. Um den Schutz ihrer Menschenrechte zu stärken, fördert das BMZ den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte. Er spielt eine Schlüsselrolle bei der Auslegung und Umsetzung der Interamerikanischen Menschenrechtskonvention und genießt weltweit hohe Anerkennung. In Mexiko wird das Justizsystem bei der Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards unterstützt. Dabei geht es beispielsweise um die Stärkung personeller und fachlicher Kompetenzen des Justizpersonals zu Menschenrechtsstandards.

In Peru hat die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Regierung in den Bereichen Transparenz und gute finanzielle Regierungsführung dazu beigetragen, dass Peru im Jahre 2022 die Einladung erhielt, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beizutreten. Das BMZ unterstützt Peru seitdem dabei, die anspruchsvollen Beitrittskriterien zu erfüllen.

Ein außen- und entwicklungspolitischer Schwerpunkt der Bundesregierung besteht darin, bewaffneten Konflikten entgegenzuwirken und Friedensprozesse zu fördern. Ein prominentes Beispiel ist die Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien. Dieser umfasst eine große Bandbreite an Maßnahmen: Dazu zählen die Unterstützung einer Übergangsjustiz, Opferentschädigung, die Suche nach Verschwundenen und der Aufbau von Infrastruktur in entlegenen Regionen. Das BMZ berät Kolumbien beim Aufbau eines modernen und partizipativen Katasterwesens, wodurch insbesondere Frauen der Zugang zu Land erleichtert wird. Das Katasterwesen ist eine wichtige Voraussetzung für eine gerechtere Landverteilung. Durch den Aufbau eines Katasterwesens wird also auch eine wichtige Konfliktursache – die ungleiche Landverteilung – adressiert und somit der kolumbianische Friedensprozess befördert.

39 Quelle: *https://data.worldbank.org/indicator/SL.EMP.TOTL.SP.FE.NE.ZS?locations=DE-ZJ.*

Rohstoffe

Die Andenländer verfügen über ein großes Vorkommen an Rohstoffen – insbesondere Lithium und Kupfer –, die für die globale Energiewende und die Digitalisierung unabdingbar sind. Auch für die Versorgungssicherheit in Deutschland und Europa spielen die Rohstoffe eine erhebliche Rolle. Die konkreten Umstände beim Abbau der Rohstoffe sind mit vielen Herausforderungen verbunden, die vom Umweltschutz über Arbeitsbedingungen bis hin zur Frage reichen, ob die Länder der Region einen angemessenen Ausgleich für den Abbau erhalten. Die Bundesregierung unterstützt die Länder der Region, um den nachhaltigen Abbau von Rohstoffen und deren Weiterverarbeitung vor Ort sicherzustellen. Dies geschieht insbesondere durch Partnerabkommen und Rohstoffkompetenzzentren an den Auslandshandelskammern, die lokale und deutsche Unternehmen auch zu Fragen der Nachhaltigkeit beraten, zum Beispiel in Peru und in Chile. Gleichzeitig werden in Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Peru Projekte unterstützt, die sowohl auf den Dialog mit Politik und Zivilgesellschaft als auch auf Technologietransfer ausgerichtet sind. Konkrete Beiträge umfassen die Beratung zu nachhaltigen Lieferketten für die Exportmärkte, zur angemessenen Besteuerung der Rohstoffbranche, zum schonenden Umgang mit Wasser sowie zur Reduzierung von CO_2-Emissionen beim Rohstoffabbau.

Flucht und Binnenvertreibung

Ende 2022 stammten rund 20 Prozent der weltweiten Flüchtlinge und Binnenvertriebenen aus der Region Lateinamerika und Karibik.[40] Die meisten Schutzsuchenden aus der Region finden Zuflucht in einem der Nachbarländer oder anderen Ländern in Lateinamerika und der Karibik.[41]

In Zentralamerika hat das BMZ deshalb lokale Angebote zur sozialen, schulischen und beruflichen Integration ausgebaut und verbessert. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, die unter Flucht und Vertreibung besonders leiden.

Ende 2022 stammten rund 20 Prozent der weltweiten Flüchtlinge und Binnenvertriebenen aus der Region Lateinamerika und Karibik.

In Kolumbien hat sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit insbesondere der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation von Flüchtlingen aus Venezuela angenommen. Dies erfolgte immer auch mit Blick auf die aufnehmenden Gemeinden. Kolumbien weist zugleich eine der höchsten Zahlen an Binnenvertriebenen weltweit auf. Das BMZ konnte auch hier zu einer Verbesserung der Situation beitragen, zum Beispiel indem Binnenvertriebene Zugang zu Kleinstkrediten und berufliche Aus- und Weiterbildungen erhalten, um Geschäfte zu gründen und wirtschaftlich unabhängig zu sein.

Regionale Zusammenarbeit

Über die sechs Partnerländer hinaus arbeitet die deutsche Entwicklungspolitik eng mit Regionalorganisationen in der Region Lateinamerika und Karibik zusammen. Dies erweitert den Kreis an Ländern, in denen die Umsetzung thematischer Schwerpunkte möglich ist.

40 Quelle: UNHCR – Global Trends report 2023.
41 Quelle: UNHCR – Global Trends report 2023.

Eine enge Partnerin ist dabei die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL). Mit ihr arbeitet die deutsche Entwicklungspolitik an richtungsweisenden Themen, die Strahlkraft für die gesamte Region haben. Dazu zählten in dieser Legislaturperiode zum Beispiel der nachhaltige Abbau von Rohstoffen, Digitalisierung oder die Umsetzung der Ziele einer feministischen Entwicklungspolitik.

Dreieckskooperationen

Mit der Region Lateinamerika und Karibik besteht eine über Jahrzehnte gewachsene Partnerschaft im Bereich Dreieckskooperationen. Dabei tragen – mit Unterstützung eines BMZ-finanzierten Regionalfonds – mindestens zwei Länder der Region zu den jeweiligen Projekten mit Expertise und finanziellen Mitteln bei. Im Laufe der Legislaturperiode wurden Projekte vor allem im Bereich nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung sowie Umwelt und Klima vereinbart.

Ein Beispiel ist die Bildungsförderung und Arbeitsmarktintegration von jungen Menschen sowie Migrantinnen und Migranten in Guatemala in den Jahren 2020 bis 2023. Mexiko unterstützte Guatemala dabei, Qualität und Reichweite des guatemaltekischen Bildungssystems durch einen Fokus auf technische und berufliche Bildung zu verbessern. Im Zuge dessen wurden unter anderem Lehrkräfte geschult und besondere Lehrmaterialien erstellt. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf den Bedarfen von Migrantinnen und Migranten; hier konnte Mexiko seine langjährigen Erfahrungen mit dieser Gruppe einbringen.

Multilaterale Entwicklungsbanken

Multilaterale Entwicklungsbanken sind für die Länder in der Region wichtige Partnerinnen, um Reformen für nachhaltige Entwicklung zu finanzieren. Deutschland ist Anteilseigner der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB), die in der Region besondere Wertschätzung genießt. Gleiches gilt für die Weltbank sowie die Karibische Entwicklungsbank.

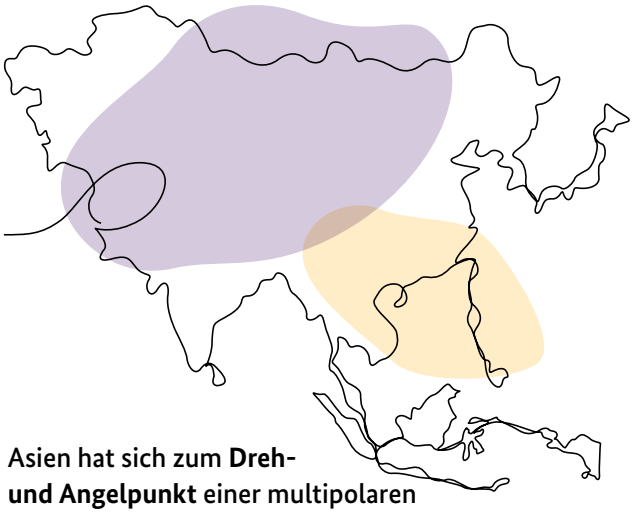
Dadurch ist es möglich, direkten Einfluss auf die strategische Ausrichtung und die Umsetzung gemeinsamer Prioritäten zu nehmen. In dieser Legislaturperiode hat sich die deutsche Entwicklungspolitik zum Beispiel an der IDB-Amazonas-Initiative beteiligt. Ein mit der Initiative verbundener Fonds unterstützt unter anderem Vorhaben zu nachhaltiger Forstwirtschaft und Waldschutz in den Amazonas-Anrainerstaaten. Diese Themen waren und sind auch ein Grundpfeiler für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit in der Amazonasregion. Die Bundesregierung unterstützt auch die Entwicklung des lateinamerikanischen Marktes für nachhaltige Anleihen und die Beratung von Regierungen zur Begebung solcher Anleihen. Die IDB hat beispielsweise mit Unterstützung des BMZ eine Transparenzplattform zu grünen Anleihen in Lateinamerika entwickelt (*Green Bond Transparency Platform*).

3.4 Asien

Asien ist globaler Wachstumsmarkt und Zentrum globaler Wertschöpfungs- und Lieferketten, mit China als zweitgrößter, Japan als viertgrößter und Indien als fünftgrößter Volkswirtschaft der Welt. Auch in anderen asiatischen Ländern schreitet die wirtschaftliche Entwicklung mit großer Geschwindigkeit voran.

Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie beeinflussten jedoch maßgeblich die wirtschaftliche und soziale Lage in vielen asiatischen Ländern. Massive Arbeitsplatzverluste und eingeschränkter Zugang zu sozialen Sicherheitsnetzen haben insbesondere vulnerable Bevölkerungsschichten hart getroffen. Die Covid-19-Pandemie hat die Fortschritte, die asiatische Länder seit 2015 bei der Verwirklichung der SDGs erreicht haben, verlangsamt. Gleichzeitig führten der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die Krise in Nahost zu hohen Rohstoffpreisen und Lieferengpässen auch in Asien. Die Halbzeitbilanz der Agenda 2030 zeichnet daher, wie auch in anderen Regionen der Welt, ein besorgniserregendes Bild für die Länder Asiens und des Pazifiks. Ein weiterer Grund sind die zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels. Zwischen 2000 und 2019 lagen sechs der zehn am meisten vom Klimawandel betroffenen Länder in Asien.[42]

Ungeachtet all dieser Herausforderungen ist in Asien eine hohe Dynamik zu spüren. Asien hat sich zum Dreh- und Angelpunkt einer multipolaren Weltordnung entwickelt. China nimmt hier eine zentrale Rolle ein, zunehmend aber auch Indien, welches seine G20-Präsidentschaft im Jahr 2023 als Brückenbauer zwischen Globalem Süden und Globalem Norden nutzte. Die großen Schwellenländer Asiens prägen die politischen Agenden in den Vereinten Nationen und engagieren sich stark in den Reformverhandlungen der Welthandelsorganisation (WTO). Gleichzeitig stellen die Länder Asiens keine homogene Ländergruppe dar. Während beispielsweise Indien die Ausweitung eigener Bündnisse wie das der BRICS-Staaten vorantreibt, strebt Indonesien einen Beitritt zur OECD an. Auch im Rahmen der WTO-Reformverhandlungen zeigen sich stark divergierende Interessen etwa bei den Verhandlungen über ein Ergänzungsabkommen zu schädlichen Fischereisubventionen oder bei den Agrarverhandlungen.



Asien hat sich zum Dreh- und Angelpunkt einer multipolaren Weltordnung entwickelt.

Deutsche Entwicklungspolitik mit Asien

Die deutsche Entwicklungspolitik mit Asien ist eingebettet in die Leitlinien der Bundesregierung zum Indo-Pazifik (2020), die Nationale Sicherheitsstrategie und die China-Strategie der Bundesregierung (beide 2023) und trägt zur Umsetzung der EU-Indo-Pazifik-Strategie und von *Global Gateway* in Asien bei.

Das BMZ hat im Dezember 2023 die Strategie „Deutsche Entwicklungspolitik mit Asien: Innovativ – sozial – feministisch“ veröffentlicht. Darin wurden fünf thematische Leitplanken für die entwicklungspolitische Zusammenarbeit festgelegt:

- Geschlechtergerechtigkeit – für gerechte und starke Gesellschaften,
- klimagerechte Entwicklung sozial und inklusiv gestalten,
- berufliche Bildung in „grünen“ Zukunftsbranchen – menschenwürdig, fair und innovativ,
- Chancen der sozialen Sicherung als Investitionen in die Stabilität und Zukunft von Gesellschaften in Asien nutzen,
- Biodiversität und Ökosysteme erhalten; Ressourcenkonflikten vorbeugen.

42 Quelle: German Watch Global Climate Risk Index 2021.

Die deutsche Entwicklungspolitik mit Asien orientiert sich dabei an der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Sie ist menschenrechtsbasiert und zielt darauf ab, allen Menschen eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Das BMZ möchte gemeinsam mit und auch von seinen Partnerinnen und Partnern für die Zukunft lernen.

Für das BMZ sind die Staaten Asiens zentrale Partnerinnen und Partner zur Lösung globaler Entwicklungsfragen (Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, Diversifizierung von Lieferketten, Migration einschließlich Fachkräftemigration). Trotz multipler Krisen und großer Herausforderungen konnte das BMZ in den letzten vier Jahren gemeinsam mit seinen Partnerländern in Asien Entwicklungserfolge erzielen. Wichtig dabei ist zu betonen: Das deutsche Engagement in Asien trägt zum Kampf gegen den Klimawandel bei und dient dem Artenschutz sowie der globalen nachhaltigen Entwicklung. Unter Berücksichtigung des vielschichtigen sozialen, politischen und ökonomischen Kontextes und der Bedarfe der Partnerländer werden gemeinsame Schwerpunkte der Zusammenarbeit vereinbart. Mit zehn Partnerländern in der Region arbeitet die Bundesregierung in der 20. Legislaturperiode zusammen: Bangladesch, Kambodscha, Laos, Mongolei, Nepal, Pakistan und Usbekistan sind bilaterale Partnerländer, mit denen langfristig gemeinsame Entwicklungsziele verfolgt werden. Indien, Indonesien und Vietnam zählen als Schwellenländer zu den Globalen Partnern, mit denen die deutsche Entwicklungspolitik gemeinsam an der Lösung globaler Herausforderungen arbeitet.

Entwicklungspolitik in Afghanistan

64 Prozent der afghanischen Bevölkerung leben in extremer Armut. Rund 60 Prozent der 43 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, um zu überleben. 12,4 Millionen Menschen leiden akut an Hunger. Millionen Kinder sind von schwerer Unterernährung und lebensbedrohlichen Krankheiten bedroht. Die De-facto-Autoritäten verletzen seit der Machtübernahme der Taliban im August 2021 systematisch Menschenrechte – insbesondere die Rechte von Frauen, Mädchen und Minderheiten – und verdrängen Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen Leben. Unter anderem ist Mädchen der Besuch von weiterführenden Schulen und Frauen der Besuch von Universitäten untersagt.

Die Bundesregierung hat ihre umfangreiche Unterstützung Afghanistans in der Entwicklungszusammenarbeit und bei der Stabilisierung daher ausgesetzt, engagiert sich aber weiterhin im Rahmen der Humanitären Hilfe und in der Basisversorgung für die Menschen in Afghanistan regierungsfern und bevölkerungsnah. Zudem unterstützt sie afghanische Flüchtlinge in den benachbarten Ländern. Die Vorhaben in Afghanistan werden dabei nur noch über Nichtregierungsorganisationen und internationale Organisationen umgesetzt.

Alle geförderten Projekte folgen dem maßgeblich auf die Initiative der Bundesregierung hin international vereinbarten Grundsatz „mit Frauen für Frauen“, wonach Frauen als prioritäre Zielgruppe erreicht werden und ihre Mitarbeit in sämtlichen Vorhaben gesichert ist. Beispielsweise werden Einkommensmöglichkeiten für Frauen im ländlichen Bereich geschaffen oder Qualifizierungsmaßnahmen im Gesundheits- und Bildungsbereich gefördert.

Das Engagement der Bundesregierung in Afghanistan wird seit Sommer 2022 von der Enquete Kommission „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ des Deutschen Bundestages beleuchtet. Die Bundesregierung begrüßt den Prozess der Erarbeitung von Empfehlungen für das zukünftige vernetzte Handeln. Es wurden bereits zahlreiche Lehren aus dem zwanzigjährigen Engagement im Land gezogen, die mittlerweile in anderen Kontexten des entwicklungspolitischen Engagements der Bundesregierung in Ländern mit hoher Fragilität umgesetzt werden.

Ausgewählte thematische Schlaglichter

Geschlechtergerechtigkeit – für gerechte und starke Gesellschaften

Mit der Asien-Strategie des BMZ wurde festgelegt, dass zukünftig alle bilateralen Vorhaben in Asien die Gleichberechtigung von Frauen, Mädchen sowie marginalisierten Gruppen adressieren sollen.

So werden in Indien und Indonesien verstärkt Sicherheitsvorkehrungen für Frauen wie Beleuchtung, eigene Zugangswege und eigene Frauenabteile im öffentlichen Nahverkehr umgesetzt, und in Nepal richtet die deutsche Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt auf die Umsetzung der für Frauen relevanten Elemente der nationalen Gesundheitsstrategie. In Pakistan setzt sich die Bundesregierung für die Förderung von Frauenrechten in der Textilbranche ein, um rechtliche Grundvoraussetzungen für gute Arbeit, Qualifizierung, Gleichberechtigung und Diversität innerhalb von Unternehmen zu schaffen und den traditionell geprägten patriarchalischen Strukturen in der pakistanischen Gesellschaft entgegenzuwirken. In Indonesien werden Frauen im Energiesektor gezielt unterstützt, um den Anteil der erwerbstätigen Frauen zu erhöhen und sie insbesondere auch in Fach- und Führungsfunktionen des staatlichen Stromversorgers zu fördern.

Klimagerechte Entwicklung sozial und inklusiv gestalten

Im globalen Vergleich hat Asien überdurchschnittlich schnell steigende Treibhausgasemissionen – wenn auch bei teilweise niedrigem Pro-Kopf-Ausstoß. China alleine ist für knapp ein Drittel der globalen Emissionen verantwortlich; Indonesien ist der größte Kohleexporteur weltweit, während Indien mit China zu den größten Förderern und Nutzern von Kohle gehört.

Ein Landwirt in Nepal nutzt eine solarbetriebene Wasserpumpe

Zusammenarbeit im Rahmen der China-Strategie der Bundesregierung

Die Entwicklungspolitik leistet Beiträge zu einer kohärenten Umsetzung der China-Strategie der Bundesregierung: Unter anderem trägt sie zur Diversifizierung von politischen und wirtschaftlichen Partnerschaften weltweit bei, stärkt die Resilienz von Partnerländern und formuliert attraktive (Alternativ-) Angebote entlang hoher Nachhaltigkeitsstandards, zum Beispiel im Rahmen der *Global Gateway*/G7-Initiative für Infrastruktur und Investitionen. Die bilaterale deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit China wurde bereits 2010 eingestellt. Seiher gibt es nur noch punktuelle Kooperation, vorrangig über das Deutsch-Chinesische Zentrum für nachhaltige Entwicklung und ein Projekt zur Unterstützung der deutsch-chinesischen Rechtskooperation.

Gleichzeitig bleibt eine Zusammenarbeit mit China für globale Problemlösungen, wie die Realisierung der nachhaltigen Entwicklungsziele, globale Verschuldungsfragen und die Finanzierung von Klimawandelfolgeschäden, wichtig. Die Bundesregierung setzt sogenannte Dreieckskooperation mit China und weiteren Staaten um – etwa zum Thema nachhaltiger Tropenholzhandel mit den Anrainern des Kongobeckens oder Nachhaltigkeitsstandards in der Textilwirtschaft in Äthiopien. Die bilaterale deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit China wurde bereits 2010 eingestellt. Seiher gibt es nur noch punktuelle Mittelzusagen, vorrangig für das Deutsch-Chinesische Zentrum für nachhaltige Entwicklung und ein Projekt zur Unterstützung der deutsch-chinesischen Rechtskooperation.

Indisch-Deutsche Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung

2022 unterzeichneten Bundeskanzler Olaf Scholz und der indische Premierminister Modi eine Absichtserklärung für eine „Grüne und nachhaltige Entwicklungspartnerschaft". Damit verpflichten sich Deutschland und Indien, bis 2030 in den Bereichen erneuerbare Energien, Energiewende, nachhaltige Urbanisierung und Mobilität, Klimaresilienz, Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen, Schutz natürlicher Ressourcen sowie Agrarökologie zusammenzuarbeiten. Die Unterstützung für Indien erfolgt zu 90 Prozent über Darlehen. Damit wird mit einem geringen Einsatz von Mitteln aus dem Bundeshaushalt hohe Wirkung erzielt. So hat Deutschland im Jahr 2023 direkt und indirekt durch Investitionen und Beratungsleistungen dazu beigetragen, dass in Indien ca. 115 Millionen Tonnen Kohlendioxid eingespart wurden.

Seit 2021 setzt die Bundesregierung in Asien vermehrt darauf, Klimaschutz, Klimaanpassung und die sozialen Aspekte einer gerechten Energiewende zusammenzudenken. Die energiepolitische Transformation in Asien hin zu Klimaneutralität bedeutet dabei nicht nur, fossile Energieträger durch erneuerbare zu ersetzen, sondern ganze Regionen, Industriezweige, Mobilitätsmuster und Kreislauf- und Abfallwirtschaft einem tiefgreifenden Strukturwandel zu unterziehen. Dies kann nur gelingen, wenn neben dem massiven Ausbau von erneuerbaren Energien auch Fragen von neuen Arbeitsplätzen, alternativen Erwerbs- und Wirtschaftsmöglichkeiten sowie die soziale Absicherung von Restrisiken mitberücksichtigt werden.

Diese Transformation kann nur dann erfolgreich sein, wenn eine breite Allianz zusammenarbeitet. Aus diesem Grund wurden im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft 2022 die multilateralen *Just Energy Transition Partnerships* (JETP) mit Vietnam und Indonesien abgeschlossen. Kernanliegen dieser JETPs ist, die Energiewende sozial gerecht zu gestalten, sodass die breite Bevölkerung von ihr profitiert. Dafür verpflichten sich die G7-Mitgliedsstaaten, Dänemark, Norwegen und die EU sowie multilaterale Banken und der Privatsektor, mit insgesamt 20 Milliarden US-Dollar für Indonesien und 15,5 Milliarden US-Dollar für Vietnam einen substanziellen Beitrag zur Umsetzung einer sozial gerechten Energiewende zu leisten. Im Gegenzug verpflichten sich Indonesien und Vietnam zu beträchtlichen Erhöhungen des Anteils erneuerbarer Energien im Strommix, Reduzierungen von Emissionshöchstgrenzen und vorgezogenen Netto-Null-Zielen im Stromsektor.

Indiens Premierminister Narendra Modi und Bundeskanzler Olaf Scholz am 02.05.2022 nach der Unterzeichnung der gemeinsamen Absichtserklärung zwischen Deutschland und der Republik Indien über die Partnerschaft für grüne und nachhaltige Entwicklung

In Pakistan bilden aufgrund der hohen Klimavulnerabilität des Landes Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel den Schwerpunkt der deutschen Unterstützung. Als Reaktion auf die Flutkatastrophe im Jahr 2022 unterstützt die Bundesregierung Pakistan bei einem klimaresilienten Wiederaufbau. Pakistan ist ebenfalls Pilot-Land für den Globalen Schutzschirm gegen Klimarisiken. Gleichzeitig wird auch die seit 2021 bestehende pakistanisch-deutsche Klima- und Energiepartnerschaft weiter ausgebaut.

In Zentralasien setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik gemeinsam mit anderen europäischen Partnern und im Rahmen der *Green Central Asia Initiative* für einen grenzüberschreitenden Dialog zu Klima, Umwelt und Sicherheit ein. Das BMZ unterstützt beispielsweise den Internationalen Fonds zur Rettung des Aralsees

Klimaschutz und Luftqualität bei der Verkehrsplanung in Indien berücksichtigen

und das regionale Katastrophenschutzzentrum bei der Etablierung von effizienten Kooperations- und Koordinationsmechanismen. Durch Bildungsangebote konnte in den letzten vier Jahren auch direkt die Bevölkerung erreicht werden, zum Beispiel durch Fortbildungen für Landwirte zu wassersparenden Bewässerungstechniken. Damit wurden die Landwirte in die Lage versetzt, Wasser zu sparen und gleichzeitig Ernteerträge zu halten.

Berufliche Bildung in Zukunftsbranchen – menschenwürdig, fair und innovativ

Die Förderung beruflicher Bildung ist das Aushängeschild deutscher Entwicklungspolitik in Asien. Die Bundesregierung unterstützte in den letzten vier Jahren bedarfsgerechte, zukunftsorientierte und inklusive berufliche Aus- und Hochschulbildung.

In Vietnam wurde beispielsweise der Aufbau eines hochwertigen Berufsbildungssystems im Forst- und Energiesektor unterstützt. Dank kompetenter Fachkräfte siedeln sich moderne Wirtschaftszweige in dem südostasiatischen Land an. So eröffnen sich für junge Vietnamesinnen und Vietnamesen neue berufliche und wirtschaftliche Perspektiven vor Ort, aber auch bei der Ausbildungs- und Arbeitsmigration nach Deutschland. In Hanoi unterzeichnete Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dazu eine Gemeinsame Absichtserklärung zur Zusammenarbeit im Bereich der Erwerbsmigration.

In Laos unterstützt die Bundesregierung im Rahmen der Team Europe Strategy 2021-2025 gemeinsam mit den anderen europäischen Gebern die Bereiche „Grüne und inklusive Wirtschaft“, „Entwicklung von Humankapital (Bildung)“ und „Gute Regierungsführung“. Darüber hinaus konnte eine zusätzliche Finanzierung über den *Green Climate Fund* zum Waldschutz ermöglicht werden. Anbaupraktiken in der Landwirtschaft

Ausbildung einer Labortechnikerin in Kambodscha

werden nachhaltiger gestaltet und die Entwaldung des Landes reduziert. Dadurch sollen bis 2027 Emissionen in Höhe von 11,7 Millionen Tonnen CO_2-Equivalente eingespart werden.

Usbekistan hat im Baumwollsektor mit deutscher Unterstützung innerhalb von vier Jahren das Ende der Kinder- und Zwangsarbeit bei der Baumwollernte umgesetzt. Nachdem dies von der Internationalen Arbeitsagentur (ILO) im März 2022 offiziell anerkannt wurde, wurde der Baumwoll-Boykott aufgehoben und usbekische Textilunternehmen bekamen wieder Zugang zu wichtigen Märkten in Europa und den USA. Darüber hinaus setzt die deutsche Entwicklungspolitik einen Schwerpunkt auf die Qualifizierung und Zertifizierung der dringend benötigten, fachlich gut ausgebildeten Arbeitskräfte. Dabei werden die deutschen Erfahrungen mit dualer Berufsbildung für die usbekischen Partner nutzbar gemacht.

Die Deutsch-Mongolische Hochschule für Rohstoffe und Technologie (DMHT) bildet durch einen praxisbezogenen Ansatz stark nachgefragten Ingenieursnachwuchs aus und leistet hiermit einen wichtigen Beitrag zu einer klimagerechten Entwicklung der mongolischen Wirtschaft. Weiterhin hat die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der laufenden Legislaturperiode die Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes in der Mongolei unterstützt. Mit seiner Verabschiedung 2023 besteht nun eine gute Grundlage für eine stärkere Zusammenarbeit von Ausbildungseinrichtungen und Wirtschaft bzw. Industrie. Unter anderem wurden 400 betriebliche Ausbilderinnen und Ausbilder qualifiziert.

Chancen der sozialen Sicherung als Investition in die Stabilität und Zukunft von Gesellschaften

Die Bundesregierung unterstützt Programme, um soziale Sicherung für marginalisierte Menschen in Asien zu stärken. So wurde in Bangladesch eine erste Unfallversicherung für Beschäftigte im Textilsektor gemeinsam mit der ILO eingeführt. In Nepal konnte die Versorgung von schwangeren Frauen und Kleinkindern unterstützt werden. In Indien fördert das BMZ die Ausweitung der staatlichen Krankenversicherung von 500 auf 800 Millionen Menschen. Auch in Pakistan stärkt das BMZ bereits bestehende Programme der sozialen (Gesundheits-)Sicherung und unterstützt den Aufbau eines flächendeckenden Systems.

In Kambodscha setzt sich Deutschland gemeinsam mit anderen europäischen Partnern im Rahmen der gemeinsamen „Europäischen Strategie für Entwicklungszusammenarbeit 2021 bis 2027“ besonders für Themen wie Gesundheit und soziale Sicherung, faire Wettbewerbsbedingungen, Digitalisierung und Einhaltung von Menschenrechten ein. Ein besonderer Erfolg war die Einführung eines nationalen, beitragsfinanzierten Rentensystems. Sie war möglich durch die Ausweitung der beitragsfreien Basisgesundheitsversicherung (*Health Equity Fund*) auf Haushalte, die von Armut bedroht sind, sowie durch die Ausweitung des nationalen Sozialversicherungsfonds auf Familienangehörige von Versicherten und informell Beschäftigte.

Biodiversität und Ökosysteme erhalten; Ressourcenkonflikten vorbeugen

Die Bundesregierung unterstützt Partnerländer in Asien bei der Umsetzung ihrer nationalen Biodiversitätsziele und beim Schutz globaler Güter.

In Indien und Bangladesch liegen die Sundarbans, das größte zusammenhängende Mangrovengebiet der Welt. Hier sind vom Aussterben bedrohte Arten wie der Gangesdelfin und der bengalische Tiger beheimatet. Durch die Auswirkungen des Klimawandels wie der Anstieg des Meeresspiegels, zunehmende Versalzung der Böden, Wilderei und verbotener Holzeinschlag sind die Mangroven und die dort lebenden Tiere bedroht. Über das BMZ unterstützt die Bundesregierung Indien und Bangladesch dabei, aufeinander abgestimmte Schutzbestimmungen, die gemeinsame Erhebung von Daten und die Entwicklung von ökosystemangepassten Einkommensmöglichkeiten für die dort lebenden Menschen zu erarbeiten. So werden die Sundarbans grenzüberschreitend geschützt – und

Umweltschutz in der Schule, Kambodscha

Arbeitsschutz für Arbeitnehmer in der Textil- und Lederindustrie verbessern, Bangladesch 2022

gleichzeitig erhalten die in dieser Gegend meist besonders einkommensschwachen Menschen die Gelegenheit, ihre Lebenssituation zu verbessern, beispielsweise über klimaresilientes Ressourcenmanagement und eine sanfte Ausweitung des Ökotourismus.

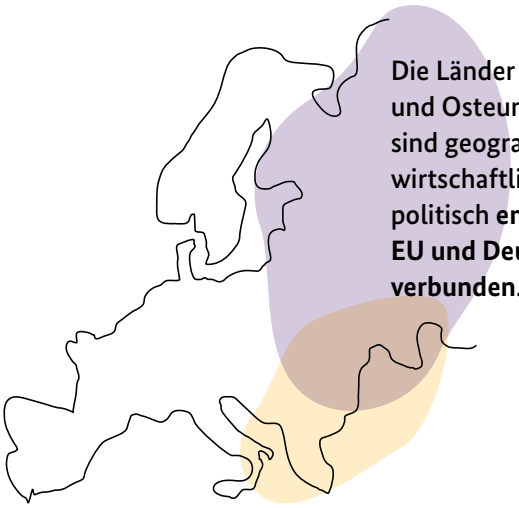
Mit der Förderung von Agrarökologie in Indien unterstützt die Bundesregierung Ernährungssicherung, Schaffung von Einkommen, Stärkung der Bodengesundheit und der Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels und Erhalt der Biodiversität. Dieses einzigartige Konzept, das auch auf eigenen indischen Ansätzen beruht, wird durch Forschung begleitet und mit Dreieckskooperationen auch auf andere Länder und Kontinente übertragen.

Das untere Mekong-Einzugsgebiet ist Lebensraum für mehr als 60 Millionen Menschen und gleichzeitig eine der biologisch vielfältigsten Regionen der Welt. Die Auswirkungen des Klimawandels und der Druck auf die natürlichen Ressourcen durch einen starken Bevölkerungsanstieg stellen eine ernstzunehmende Bedrohung dar. Die *Mekong River Commission* (MRC) als zwischenstaatliche Organisation dient den Mitgliedstaaten Thailand, Vietnam, Laos und Kambodscha als Plattform für eine grenzüberschreitende Wasserbewirtschaftung. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt das MRC-Sekretariat dabei, ein Monitoring-System über die Länge des Mekong einzuführen und ein Flut- und Dürre-Frühwarnsystem in der Grenzregion von Thailand und Kambodscha aufzubauen. Ziel ist es, die MRC auf ihrem Weg in die geberunabhängige Finanzierung bis 2030 zu unterstützen. Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, die MRC ab diesem Zeitpunkt vollständig zu übernehmen. Die Bundesregierung unterstützt zudem die Wasserdiplomatie zwischen den Anrainerstaaten des Mekong und hilft damit, Ressourcenkonflikten vorzubeugen. Dabei werden besonders die Bedarfe von Frauen und Minderheiten berücksichtigt.

In der Mongolei liegt aufgrund der besonderen Bedrohung durch die Folgen des Klimawandels und den Verlust der Artenvielfalt ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf dem Management von Naturschutzgebieten und der Schaffung umweltfreundlicher Einkommensmöglichkeiten der Schutzgebietsanrainer. Durch Ausbildungsmaßnahmen und verbesserte Ausrüstung wie geländegängige Fahrzeuge oder Drohnen können Ranger in Schutzgebieten besser ihren Überwachungs- und Managementaufgaben nachkommen und hierdurch zur Verhinderung von Waldbränden oder illegalem Holzeinschlag beitragen.

3.5 Südost- und Osteuropa

Die Länder Südost- und Osteuropas sind geografisch, wirtschaftlich und politisch eng mit der EU und Deutschland verbunden. Angesichts des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kommt der Region besondere Bedeutung zu. Die Auswirkungen dieses Krieges sind gewaltig und strahlen auf die gesamte Region aus: von der enormen Anzahl an Flüchtlingen, die in Nachbarstaaten Zuflucht suchen, über Wirtschafts- und Energiekrisen bis hin zu sozialen und regionalen Spannungen. Angesichts dessen ist eine verlässliche deutsche Unterstützung von entscheidender Bedeutung. Das gilt auch für die Bewältigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen in der gesamten Region.



Die Länder Südost- und Osteuropas sind geografisch, wirtschaftlich und politisch eng mit der EU und Deutschland verbunden.

Die Entwicklungspolitik in die Region zielt darauf ab, die wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung der Länder sowie die Umsetzung der EU-Reformagenda zu fördern. Ihre Widerstandskraft gegen externe, insbesondere russische Einflussnahme, soll gestärkt werden. Die Entwicklungspolitik trägt damit zur politischen Stabilität der Länder und zur Sicherheit Europas und Deutschlands bei. Gleichzeitig leistet sie einen wichtigen Beitrag zu verbesserten Lebensbedingungen der Bevölkerung sowie zum Schutz der Lebensgrundlagen. Damit werden Lebensperspektiven vor Ort geschaffen und wichtige Beiträge zu internationalen und EU-Zielen in den Bereichen Klima und Energie, Sicherheit und Migration geleistet.

Unterstützung für die Ukraine

Die Bundesregierung hat seit Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges im Februar 2022 die Ukraine im Umfang von über 37 Milliarden Euro finanziell, militärisch und zivil unterstützt, davon rund 1,6 Milliarden Euro für entwicklungspolitische Maßnahmen (Stand November 2024).

Als Antwort auf die russische Aggression hat das BMZ unmittelbar nach Kriegsbeginn ein entwicklungspolitisches Sofortprogramm aufgesetzt, um die Bevölkerung mit dem Nötigsten zu versorgen und Staat und Gemeinden funktionsfähig zu halten. Dazu gehören unter anderem die Schaffung von Wohnraum für Binnenvertriebene, die Bereitstellung von medizinischem Material und Gütern des täglichen Bedarfs wie Nahrung und Kleidung sowie die Ausstattung des Katastrophenschutzes mit Schutzausrüstung und Räumfahrzeugen. Auch die schwer beschädigte Energieversorgung stand im Fokus: Neben Werkzeug und Baumaterial zur Reparatur von Strom- und Wärmesystemen wurden im ersten Kriegsjahr rund 3.000 Generatoren für Krankenhäuser, Verwaltungs- und Bürgerzentren bereitgestellt. Zwecks Finanzierung von Ersatzteilen für zerstörte zivile Energieinfrastruktur haben das BMWK und das AA bereits 365 Millionen Euro in den *Ukraine Energy Support Fund* (UESF) der Energiegemeinschaft eingezahlt. Das BMZ hat mit seinem Sofortprogramm dazu beigetragen, die Auswirkungen des Krieges auf die Bevölkerung abzumildern und die Grundversorgung der Bevölkerung (u. a. Wasser-, Gesundheits-, Wärme- und Energieversorgung) zu gewährleisten.

Über die *German Food Bridge*, unterstützt vom BMEL, konnten über 589 Lastwagenladungen an Lebensmitteln in die am stärksten vom Krieg betroffenen Regionen in der Ukraine geliefert werden. Darüber hinaus hat das BMEL eine Reihe von Maßnahmen umgesetzt und gestartet, um die Folgen des Krieges zu lindern und beim Wiederaufbau zu unterstützen. Dabei hat es auf fachliche und politische Netzwerke aufgebaut, die bereits vor dem Krieg über das Bilaterale Kooperationsprogramm des BMEL bestanden. Auch der Bilaterale Treuhandfonds (BTF) mit der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) wurde hierfür gezielt eingesetzt.

Das BMWK finanziert außerdem das Instrument einer nachfrageorientierten Hochrangigen Regierungsberatung zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen durch das *German Economic Team* in der Ukraine.

Deutsch-ukrainische Partnerschaften

Die Bundesregierung fördert und koordiniert Partnerschaften mit der Ukraine, um auch über erste Soforthilfen hinaus an der Seite der Ukraine zu stehen und langfristig Netzwerke zu etablieren:

- Das BMZ fördert seit 2014 deutsch-ukrainische Kommunalpartnerschaften. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges hat sich die Anzahl an Partnerschaften von Städten, Gemeinden und Landkreisen zwischen Deutschland und der Ukraine auf über 200 fast verdreifacht.

- Das BMWK unterstützt die Ukraine über die deutsch-ukrainische Energiepartnerschaft, insbesondere bei der Reform des ukrainischen Energiemarkts. So werden die Rahmenbedingungen für private Investitionen im Energiesektor verbessert. Die Energiepartnerschaft unterstützt auch die Spendenkampagne deutscher Unternehmen, über die bereits Tausende Sachspenden an ukrainische Energieversorger übermittelt wurden. Auch die Reparatur und Modernisierung des Stromnetzes wird mit über 50 Millionen Euro unterstützt. Darüber hinaus wird der Strukturwandel in den vom russischen Angriffskrieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Kohleregionen unterstützt.

- Auch im Rahmen von Klinikpartnerschaften engagiert sich die Bundesregierung für die Ukraine. Als zentrale Schnittstelle unterstützt ein fortlaufend wachsendes Netzwerk aus 30 deutschen und 50 ukrainischen Krankenhäusern sowie medizinischen Nichtregierungsorganisationen die Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung im Land sowie die langfristige Stärkung des ukrainischen Gesundheitswesens. Seit Anfang 2022 hat das BMZ in der Ukraine gemeinsam mit Partnern vor Ort mehr als 110 Gesundheitseinrichtungen wiederhergestellt oder ausgebaut und konnte rund drei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer medizinisch unterstützen. Dazu gehört auch die psychosoziale Arbeit, damit die Menschen mit den weitreichenden psychologischen Auswirkungen des Krieges umgehen können. Rund 304.000 Personen haben die vom BMZ geförderten psychosoziale Angebote schon in Anspruch genommen.

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze bei der Eröffnung des von der Bundesregierung geförderten Unbroken-Zentrums für Orthopädietechnik in Lwiw

Betreiberpartnerschaften sind ebenfalls Teil des vom BMZ geförderten deutsch-ukrainischen Netzwerks. In Reaktion auf den russischen Angriffskrieg wurden im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit bis Juni 2024 insgesamt 16 Partnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen kommunalen Wasserbetreibern gefördert. Diese bestanden unter anderem in der gezielten Unterstützung technischer Beratung und der Beschaffung von Spezialgeräten. Zudem unterstützt das BMZ in diesem Rahmen die Logistik der Spendenaktion des Verbandes deutscher kommunaler Unternehmen (VKU) zugunsten des ukrainischen Wassersektors, mit dem bisher Sachspenden in Höhe von 3,7 Millionen Euro mobilisiert wurden.

Das Kooperationsprojekt „Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog“ (APD) des BMEL unterstützt seit 2006 ukrainische Akteure in einem partizipativen Ansatz. Dabei wurden deutsche und europäische Erfahrungen der Gestaltung von Agrar- und Bodenpolitik ausgetauscht und mit dem aktuellen Stand in der Ukraine verglichen. Hieraus werden Handlungsempfehlungen abgeleitet und deren Umsetzung in der praktischen Politik begleitet.

Deutschland unterstützt die Ukraine bei verbesserten forstpolitischen Maßnahmen und Waldbewirtschaftungsverfahren.

Das Projekt „Unterstützung bei der Entwicklung der Forstpolitik“ und die Nationale Waldinventur“ unterstützen die Ukraine bei verbesserten forstpolitischen Maßnahmen und Waldbewirtschaftungsverfahren, die auf zuverlässigen Waldinformationen beruhen. Durch die Anwendung terrestrischer und fernerkundungsbasierter Verfahren werden zukünftig Waldinformationen für das gesamte ukrainische Staatsgebiet aus der ersten Nationalen Waldinventur zur Verfügung stehen.

Die Bundesregierung unterstützt die Ukraine im Rahmen von vier Verwaltungspartnerschaften. In einer gemeinsamen Verwaltungspartnerschaft von BMWK und BMAS mit dem ukrainischen Wirtschaftsministerium (MOE) beraten das BMAS und die Bundesagentur für Arbeit seit 2023 zu den Themen Arbeitsmarktreform und Fachkräftesicherung. Im Sommer 2024 wurden weitere Partnerschaften gezeichnet. Das BMWK unterstützt gemeinsam mit PTB und der Deutschen Akkreditierungsstelle (DAkkS) das ukrainische MOE sowie die ukrainische Metrologie- und Akkreditierungsbehörde beim institutionellen Wiederaufbau und der Anpassung an EU-Vorgaben. Ziel ist der Abbau von Handelshemmnissen. Das BMAS berät das ukrainische Sozialministerium (MOSP) zu den Themen Rente und soziale Sicherungssysteme mit einem Fokus auf Menschen mit Behinderung. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BAFIN) kooperiert mit der ukrainischen Wertpapieraufsicht und unterstützt bei der Übernahme europäischer Rechtsvorschriften.

Wiederaufbau in der Ukraine

Der Wiederaufbau in der Ukraine fängt bereits jetzt an. Die Menschen können nicht warten, bis der Krieg vorbei ist, sie reparieren unermüdlich die Schäden, wo es möglich ist. Sie brauchen ein Dach über dem Kopf, Strom und Wasser, um ihren Alltag zu meistern, aber ebenso eine funktionierende Wirtschaft mit Unternehmen, die Arbeitsplätze sichern und schaffen können. Denn die Frage, ob sich die Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg behaupten kann, hängt auch davon ab, wie widerstandsfähig die Zivilbevölkerung ist.

Die Bundesregierung setzt sich sowohl auf nationaler als auch auf multilateraler Ebene für den Wiederaufbau der Ukraine ein. BMZ-Staatssekretär Jochen Flasbarth vertritt die Bundesregierung bei der *G7+ Ukraine Donor Platform*, die die Unterstützungsleistungen für den Wiederaufbau der Ukraine zwischen Gebern koordiniert. Die deutsche „Plattform Wiederaufbau Ukraine“ befördert im Auftrag des BMZ für die Bundesregierung durch Ansprache, Unterstützung und Vernetzung von diversen Akteuren wie Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftlern den gesamtgesellschaftlichen Wiederaufbau der Ukraine.

Über die deutsch-ukrainische Entwicklungszusammenarbeit werden vor allem folgende Bereiche abgedeckt: Schutz und Wiederaufbau der Energieinfrastruktur, Wirtschaftsförderung, nachhaltige Stadtentwicklung, Unterstützung eines grünes Wiederaufbaus, gute Regierungsführung und kommunale Selbstverwaltung, Ausbildung von Fachkräften, Wohnraum für Binnenvertriebene, Umschulungen und Fortbildungen sowie die Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung durch soziale Sicherung, Gesundheitsversorgung und psychosoziale Unterstützung für Familien und Veteraninnen und Veteranen.

Die EU hat die Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine im Juni 2024 aufgenommen. Die Bundesregierung berät die ukrainische Regierung dabei, die notwendigen Reformen für einen EU-Beitritt umzusetzen und auch strukturelle Hemmnisse für die ukrainische Wirtschaft abzubauen. So werden Handelsbarrieren für deutsche und ukrainische Unternehmen abgeschafft und die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder gestärkt. Alle Projekte der Entwicklungszusammenarbeit werden auf die europäische Annäherung der Ukraine ausgerichtet. Das heißt, schon jetzt werden EU-Standards eingeführt und Personal entsprechend geschult. Trotz der enormen Herausforderungen, die der Krieg mit sich

Ukraine Recovery Conference 2024 (URC2024)

Die internationale Wiederaufbaukonferenz für die Ukraine fand auf Einladung von Bundeskanzler Scholz und Präsident Selenskyj vom 11. bis 12. Juni 2024 unter dem Motto „United in Defense. United in Recovery. Stronger together“ in Berlin statt. Mit über 3.400 Teilnehmenden, staatlichen Delegationen aus über 60 Ländern und 14.000 Zuschauern und Zuschauerinnen im Livestream ist es gelungen, hohe internationale Aufmerksamkeit und zivile Unterstützung für die Ukraine zu generieren. Die URC2024 hat den Wiederaufbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe hervorgehoben: Neben Regierungen, internationalen Organisationen, Entwicklungsbanken und Unternehmen haben fast drei Mal so viele Teilnehmende der Zivilgesellschaft wie bei der URC2023 in London teilgenommen; zudem gab es erstmals eine signifikante Teilnahme der Kommunen. Im Rahmen der Konferenz wurden insgesamt über 110 Vereinbarungen im Umfang von 16,8 Milliarden Euro unterzeichnet, darunter ein Dutzend Vereinbarungen zwischen Unternehmen. Der Fokus der URC2024 lag auf Dialog, Vernetzung und Initiativen in vier Dimensionen („Berlin Dimensions“): (1) Mobilisierung des Privatsektors, insbesondere durch Einrichtung eines *Business Advisory Council*, ein internationales Gremium privatwirtschaftlicher Akteure, die die Ukraine und Geberstaaten im Wiederaufbauprozess beraten, (2) Humankapital und sozialer Wiederaufbau, (3) Gemeinden und Regionen sowie (4) EU und Reformen. Um den Mittelstand in der Ukraine zu stärken, hat das BMZ eine breite internationale Allianz zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen ins Leben gerufen, an der sich 12 Staaten und 17 Entwicklungsorganisationen und -banken beteiligen. Neben der Fachkräfteinitiative für den Wiederaufbau wurden weitere bedeutende Allianzen gegründet, darunter die Allianz für geschlechtergerechten und inklusiven Wiederaufbau, um die Teilhabe von Frauen im Wiederaufbauprozess sicherzustellen, und die Allianz für nachhaltige Städte und Kommunen für Kapazitätsaufbau und den Zugang zu Finanzinstrumenten für den lokalen Wiederaufbau. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf den für den EU-Beitritt notwendigen Reformen in der Ukraine. Erstmals war auf der URC auch der Wiederaufbau des Wissenschafts- und Hochschulsektors Thema. In rund 30 Panels haben die Teilnehmenden zu diesen und weiteren vielfältigen Themen diskutiert. In diesem Kontext wurde die Plattform für den grünen Wiederaufbau in der Ukraine gelauncht, die von OECD, UNEP und UNECE getragen wird und mit Unterstützung des BMUV konzipiert wurde. Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Konferenz war das messeähnliche „Recovery Forum“. Auf diesem Forum konnten sich ukrainische, deutsche und internationale Unternehmensvertretungen aus Sektoren wie Energie, Gesundheit, Logistik und Rüstung sowie ukrainische Kommunen vorstellen, in Dialog treten und Kooperationen anstoßen.

Familienfoto Ukraine Recovery Conference

Olha Stefanyshina, Vize-Premierministerin und Justizministerin der Ukraine, Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei der Ukraine Recovery Conference im Juni 2024 in Berlin

bringt, hat die Ukraine bedeutende Ergebnisse auf dem Reformweg erzielt, insbesondere bei der Umsetzung der von der Europäischen Kommission im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses der Ukraine festgelegten Schritte mit sieben spezifischen Reformprioritäten.

Eine wirtschaftsstarke Ukraine liegt im Interesse Deutschlands. Deshalb fördert das BMZ unter anderem ukrainische Unternehmen, damit diese Arbeitsplätze erhalten oder neu schaffen und mit ihren Steuern zum Wiederaufbau und zum Wohlstand des Landes beitragen. Im Zentrum stehen finanzielle Zuschüsse und vergünstigte Kredite für kleine und mittlere Unternehmen. Mit einem vom Kabinett verabschiedeten 15-Punkte-Plan hat die Bundesregierung darüber hinaus eine führende Rolle bei der Mobilisierung von Unternehmen und privaten Akteuren für den Wiederaufbau in der Ukraine übernommen.[43] Insbesondere der nachhaltige Wiederaufbau sowohl der Wirtschaft, der Energieinfrastruktur als auch der Städte ist der Bundesregierung ein großes Anliegen.

Zudem hat BMWK nach Ausbruch des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs entschieden, die Außenwirtschaftsförderinstrumente des Bundes weiterhin für die Ukraine offen zu lassen. Darüber können deutsche Investitionen in der Ukraine und Kredite deutscher Unternehmen, die in die Ukraine exportieren, abgesichert werden.

Der Wiederaufbau braucht Fachkräfte. Deshalb setzt die von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze initiierte internationale Fachkräfteinitiative für den Wiederaufbau *Skills Alliance for Ukraine* gezielt bei diesem Wiederaufbaubedarf der Ukraine an. In der Ukraine werden in Schlüsselbereichen für den Wiederaufbau – Bauwesen, Verkehr, IT, Ingenieur- und Gesundheitswesen – dringend Fachkräfte benötigt. Die Mitglieder der Fachkräfteinitiative aus mehr als 50 Ländern, internationalen Organisationen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft haben auf der Wiederaufbaukonferenz (*Ukraine Recovery Conference* 2024) in Berlin insgesamt über 700 Millionen Euro für diese Initiative in Aussicht gestellt. Auch werden die Kapazitäten für Forschung und Innovation ausgebaut. Mit Maßnahmen des BMBF, zum Beispiel deutsch-ukrainischen Exzellenzkernen, werden die wissenschaftlichen Potenziale vor Ort gestärkt und *brain circulation* unterstützt.

43 Quelle: Eckpunktepapier: Wiederaufbau der Ukraine *https://www.bmz.de/resource/blob/206946/ukraine-privatwirtschaft.pdf.*

Stabilität in der ganzen Region fördern

Die deutsche Entwicklungspolitik in der Region Südost- und Osteuropa zielt darauf ab, die Stabilität und Sicherheit der vom Krieg betroffenen Nachbarstaaten zu stärken. Die Republik Moldau hat den russischen Angriffskrieg von Anfang an deutlich verurteilt und ist zugleich Russlands Versuchen ausgesetzt, das Land zu destabilisieren. So kürzte Russland im Herbst 2022 die Erdgaslieferungen an die Republik Moldau um die Hälfte und erhöhte gleichzeitig stark die Preise. Mithilfe seiner internationalen Partner war die Republik Moldau in der Lage, sich auf dem Weltmarkt Erdgas für den Winter zu beschaffen. Die Bevölkerung kämpfte jedoch mit den stark angestiegenen Energiekosten. Mit Unterstützung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit konnten über einen moldauischen Fonds die Energierechnungen finanziell schwacher Haushalte signifikant reduziert werden. Dadurch konnten sowohl eine weitere Verarmung der Bevölkerung als auch eine Destabilisierung des Landes vermieden werden. Zudem unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit über das BMZ moldauische Gemeinden bei der Integration von Flüchtlingen aus der Ukraine in das Bildungssystem und in den Arbeitsmarkt, auch um den sozialen Zusammenhalt zu fördern. Mittels einer Verwaltungspartnerschaft des BMWK mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg unterstützt die Bundesregierung außerdem Partnerbehörden in Moldau in Fragen des nachhaltigen Heizens.

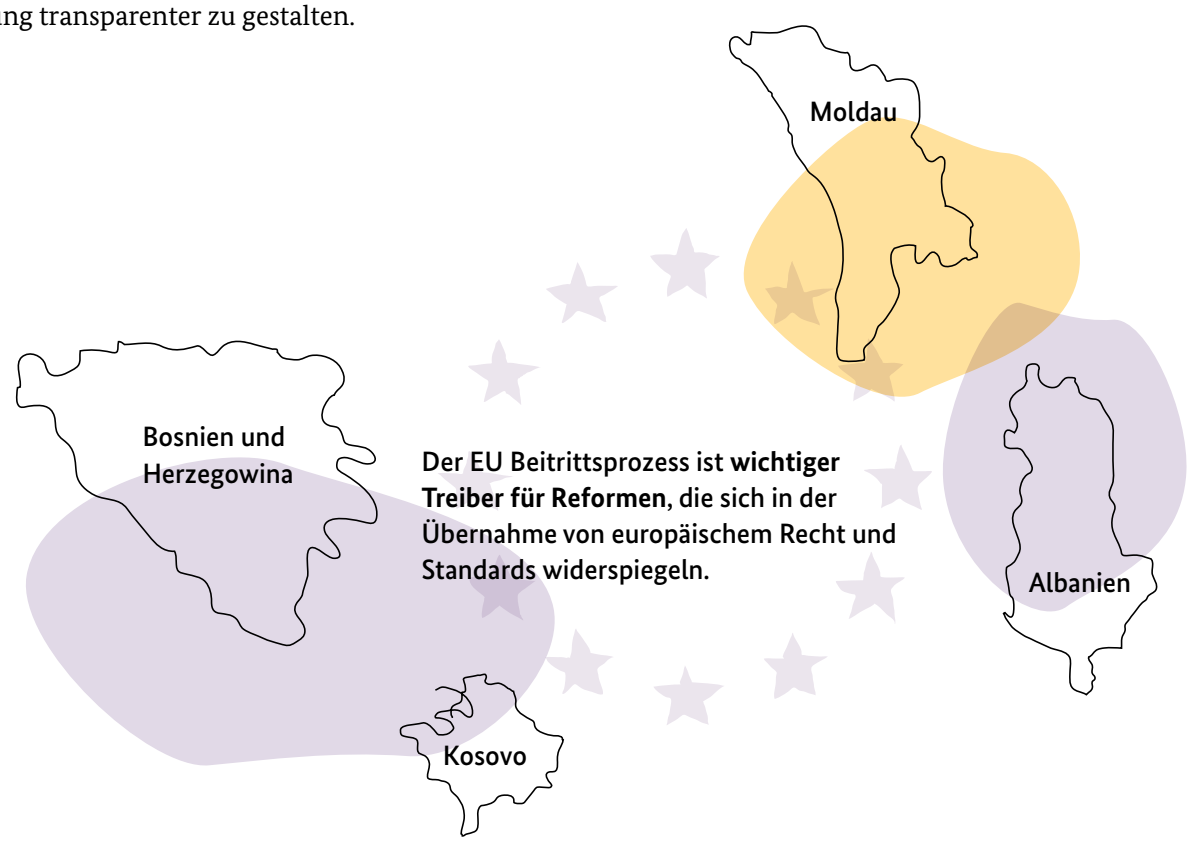
Neben dem russischen Angriffskrieg ist der Bergkarabach-Konflikt zwischen Aserbaidschan und Armenien ein langanhaltender Konflikt in der Region. Armenien ist seit 2022 wieder ein bilaterales Partnerland des BMZ, wodurch die deutsch-armenische Zusammenarbeit verstärkt wurde. Nach der militärisch erzwungenen Übernahme der Kontrolle über Bergkarabach durch Aserbaidschan hat Armenien im Herbst 2023 mehr als 100.000 ethnisch armenische Flüchtlinge aufgenommen. Deren Unterbringung und Integration stellen die armenische Regierung vor große Herausforderungen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützt seit einigen Jahren Flüchtlinge und Binnenvertriebene auf beiden Seiten des Konflikts, weshalb schnell auf die aktuelle Flüchtlingssituation in Armenien reagiert werden konnte. Konkret unterstützt das BMZ die armenischen Gemeinden dabei, Flüchtlinge und Binnenvertriebene aufzunehmen und zu versorgen, psychosoziale Hilfe zur Bewältigung von Traumata anzubieten und einkommensschaffende Maßnahmen zu fördern. Damit sollen die Menschen ihr Leben wieder selbst in die Hand nehmen können. Da Frauen und Kinder in der Regel besonders stark von den Folgen der Flucht betroffen sind, konzentriert sich die Unterstützung auf diese Gruppe.

Fortschritte der osteuropäischen Länder auf ihrem Weg in die Europäische Union

Die Partnerländer des BMZ in Südost- und Osteuropa streben eine Mitgliedschaft in der EU an oder möchten sich, wie im Fall Armeniens, stärker an die EU annähern. Allein seit 2022 sind die entwicklungspolitischen Partnerländer Bosnien und Herzegowina, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine neue EU-Beitrittskandidaten geworden. Der georgische Premierminister hat Ende November 2024 angekündigt, bis Ende 2028 keine EU-Beitrittsverhandlungen führen zu wollen, die EU hatte den Beitrittsprozess bereits im Juni 2024 angesichts der Rückschritte in Georgien de facto eingefroren. Mit Albanien, der Republik Moldau, Serbien und der Ukraine haben die Beitrittsverhandlungen bereits begonnen. Der Berlin-Prozess der Bundesregierung unterstützt die regionale Kooperation und die EU-Beitrittsprozesse im Westbalkan.

Die Beitrittsprozesse sind wichtige Treiber für Reformen, die sich in der Übernahme von europäischem Recht und Standards widerspiegeln. Die deutsche Entwicklungspolitik zielt darauf ab, die Länder bei der Umsetzung dieser Reformen zu unterstützen:

- In Kosovo wurde die Einführung eines digitalen Gehaltsabrechnungssystems für über 84.000 Staatsbedienstete gefördert. Kosovo setzt damit einen Teil der EU-Verordnung zur lokalen Selbstverwaltung um.
- In Albanien wird die Verwaltung bei der regulatorischen Planung und Angleichung an geltendes EU-Recht in den Politikbereichen Binnenmarkt, Landwirtschaft, Verkehr und Umweltpolitik unterstützt.
- In Bosnien und Herzegowina wird mit deutscher Beteiligung für die vier Parlamente des Landes der Aufbau einer digitalen Kooperationsplattform unterstützt, um die parlamentarische Aufsicht über den EU-Integrationsprozess zu stärken und für die Bevölkerung transparenter zu gestalten.
- In der Republik Moldau unterstützt das BMZ den Ausbau der Qualitätsinfrastruktur unter anderem in Kalibrier- und Prüflaboratorien, um die Erfüllung europäischer Normen für moldauische Produkte zu gewährleisten.
- Das BMEL unterstützt die EU-Integration der Agrarsektoren im Westbalkan und in der Republik Moldau über einen gemeinsamen Agrarpolitischen Dialog, den die ständige Arbeitsgruppe für regionale ländliche Entwicklung Südosteuropa umsetzt. Darüber hinaus fördert das BMEL die EU-Integration der Republik Moldau mit einem eigenständigen Agrarpolitischen Dialog sowie über eine Verwaltungspartnerschaft im Bereich Lebensmittelsicherheit.



Der EU Beitrittsprozess ist **wichtiger Treiber für Reformen**, die sich in der Übernahme von europäischem Recht und Standards widerspiegeln.

Ausgewählte thematische Schlaglichter

Klima und Energie

Die Region Südost- und Osteuropa ist eine Schlüsselregion für den europäischen Klimaschutz, weil sie über ein großes Potenzial an erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie verfügt. Deshalb bildet der Energie- und Klimabereich einen Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Die Energieabhängigkeit von Russland, die fossile Energienutzung und die hohen CO_2-Emissionen in einigen Partnerländern sind Herausforderungen für den Klimaschutz. Folglich sind die Nutzung erneuerbarer Energien sowie eine insgesamt höhere Energieeffizienz und die Anpassung an den Klimawandel wichtige Lösungsansätze, die die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Region vorantreibt:

- In Bosnien und Herzegowina generiert der zweitgrößte Windpark in Podveležje bereits jährlich 121 Millionen Kilowattstunden erneuerbare Energie. Damit werden 164.000 Tonnen CO_2 pro Jahr eingespart. Darauf basierend sind weitere Projekte im Bereich Wind- und Solarenergie in Vorbereitung.

- In Serbien entsteht derzeit der erste Windpark des staatlichen Stromversorgers, der Anfang 2025 in Betrieb gehen und dann jährlich rund 187 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugen soll – genug für gut 45.000 Haushalte bzw. um jährlich rund 174.000 Tonnen CO_2 einzusparen.

- In Armenien unterstützt das BMZ Banken dabei, Kredite an Haushalte und Unternehmen für Solaranlagen zu vergeben. Bislang konnte so eine Kapazität von rund 325 Megawatt zur Erzeugung von grünem Strom geschaffen werden. Über verschiedene Programme werden zudem Kommunen und Haushalte bei Fragen rund um Energieeffizienz und nachhaltige Energielösungen beraten.

- In der georgischen Stadt Batumi wurden die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung für rund 225.000 Menschen gesichert bzw. ausgebaut. Die Wasserverluste konnten auf diese Weise um mehr als die Hälfte reduziert werden, was auch Energieeinsparungen zur Folge hat. Zudem konnte die Stadt durch den Ausbau des Regenwassersystems besser vor Überflutungen geschützt werden.

Regionale Klimapartnerschaft Westbalkan

Das EU-Ziel eines klimaneutralen Kontinents bis 2050 ist ohne die sechs Westbalkanländer nicht zu erreichen. Im Rahmen des Berlin-Prozesses kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz im Jahr 2022 eine regionale Klimapartnerschaft zwischen Deutschland und dem Westbalkan an. Die Partnerschaft unterstützt die Länder bei der Annäherung an die EU-Klimaziele und das Pariser Klimaabkommen, um eine nachhaltige Energiewende sozial gerecht voranzutreiben und Energiesicherheit herzustellen.

Die regionale Klimapartnerschaft ist eine ressortübergreifende Initiative der Bundesregierung. Schwerpunkte sind Energieeffizienz, erneuerbare Energien, nachhaltige Stadtentwicklung sowie Privatsektorentwicklung.

- Über Reformfinanzierungen des BMZ bzw. der Bundesregierung mit Albanien, Serbien und Nordmazedonien wird zur effektiven Umsetzung von Energiesektorreformen sowie zur Stabilisierung des regionalen Energiemarktes beigetragen.

- Als Leuchtturmprojekt dieser regionalen Partnerschaft startete Ende 2023 der Bau einer 400-kV-Hochspannungsleitung zwischen Albanien und Nordmazedonien, die erstmalig den direkten Stromaustausch zwischen den beiden nationalen Stromsystemen ermöglicht und zur Schaffung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Strommarkts in der Region beiträgt.

Besuch von Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze bei einerKaffeerösterei in Eriwan, die eine mit deutschen Mitteln kreditfinanzierte Solaranlage installiert hat.

Um die Mammutaufgabe der sozial-ökologischen Transformation zu stemmen, braucht es einen zuverlässigen Dialog zwischen allen Beteiligten. Das sind neben den politischen Entscheidungstragenden vor allem die Universitäten, Think Tanks und die Zivilgesellschaft der sechs Länder. Eine entscheidende Rolle spielt der Privatsektor, denn ohne erhebliche Investitionen ist der Umbau nicht zu bewältigen.

Im Rahmen der Klimapartnerschaft haben die Bundesregierung und die Westbalkanstaaten vereinbart, eine regionale Dialogplattform aufzubauen. Im Juni 2023 fand eine erste hochrangige Dialogveranstaltung in Albanien statt, bei der über gemeinsame Herausforderungen und Ziele beim Klimaschutz beraten und Unterstützungsbedarfe definiert wurden. Im Juni 2024 wurde in Sarajevo eine weitere hochrangige Veranstaltung zum Thema Klima und nachhaltige Mobilität in der Region durchgeführt.

Im Oktober 2024 fand erstmalig ein Ministertreffen zur Umsetzung der „Grünen Agenda Westbalkan" (*Green Agenda for the Western Balkans*, GAWB) in Hamburg statt, um die regionale Integration im Umweltbereich voranzubringen. Für die Bundesregierung nahm das BMUV an dem Treffen teil mit dem Ziel, sein Engagement unter der GAWB im Bereich Biodiversitäts- und Naturschutz langfristig zu stärken und auszubauen. Deutschland unterstützt die sechs Westbalkanstaaten bei der Annäherung an den EU-Acquis bei den Themen Biodiversitäts- und Naturschutz. Will Europa seine Ziele im Bereich Umwelt erreichen und Zusagen aus internationalen Abkommen einhalten, spielt der Erhalt des Biodiversitätshotspots Westbalkan eine tragende Rolle.

Impressum

HERAUSGEBER
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Kommunikationsstab: Öffentlichkeitsarbeit, digitale Kommunikation

REDAKTION
BMZ, Referat L2, Politische Planung

STAND
Januar 2025

GESTALTUNG
Atelier Hauer + Dörfler GmbH, Berlin

Diese Publikation wird von der Bundesregierung im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bmz.de